

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Hg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284.

Freitag, den 5. Dezember 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Klassenkampf!

Wp. Die Majorität des Reichstages ist nicht nur bereit, die Geschäftsordnung zu brechen, sie wird, wenn es darauf ankommt, und wenn nicht eine Macht sie daran hindert, auch die Verfassung brechen. Das kann nur denjenigen überraschen, der glaubt, das geschriebene Recht habe in seinen Grundlagen eine andere Bedeutung, als jene, die Interessen der herrschenden Klasse zu schützen.

Was jetzt vor unseren Augen im Reichstage sich abspielt, ist die Offenbarung der Klassenherrschaft. Nicht daß sie über mehr als 198 Mandate verfügen, sondern daß sie die Vertreter der besitzenden Klassen sind, das giebt den Majoritätsparteien den Muth, sich über Gesetz und Ordnung hinwegzusetzen. Daß die Arbeiterpartei es wagt, ihren Willen dem Willen der Vertreter der „Industrie“ und „Landwirtschaft“, d. h. der Eigentümer der Produktionsmittel, mit aller Energie entgegenzusetzen, das erfüllt sie mit Muth und zugleich mit Angst. Sie fürchten den Sieg der Sozialdemokratie. Sie haben es offen ausgesprochen. Sie wollen nicht, daß die Sozialdemokratie den Erfolg davonträgt. Sie fürchten die steigende Macht der Arbeiterpartei, wenn die Zolltarifvorlage fällt. Da haben sie von ihrem Klassengeistespunkte aus Recht.

Parlamentarisch gesehen beruht die Herrschaft der Ausbeuterklasse darauf, daß die Arbeiterklasse noch lange nicht zum vollen Bewußtsein ihrer politischen Macht gelangt ist. Die Politik der herrschenden Klassen war deshalb auch stets, die Arbeiter nicht zur Erkenntnis ihrer Macht kommen zu lassen. Bald sucht man die Arbeiter durch Gewalt einzuschüchtern, bald wieder durch List und geistliche Worte einzuschläfern. Aber jeder Erfolg der Sozialdemokratie erfüllt die Arbeiterklasse mit neuer Thakraft, sammelt die Massen, stärkt die Organisation. Darum birgt jeder Sieg der Sozialdemokratie neue Siege in sich — darum auch verschärft jeder Sieg der Sozialdemokratie desto mehr die Klassengegensätze, von je größer Bedeutung er ist.

Eugen Richter läßt, wenn er behauptet, daß erst die Obstruktion die Zollverständigung zu Stande gebracht habe. Man müßte sich schon wie die Volkspartei betrogen lassen wollen, um nicht einzusehen, daß die Opposition der schuppdamerikanischen Parteien gegen die Regierungsvorlage, die den Hochschulzoll brachte, nur ein Spiel mit vertheilten Rollen war, um die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken. Soviel aber ist sicher, daß die Verständigung nicht bloß aus Rücksicht auf den Zolltarif, sondern auch aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie stattgefunden hat. Die bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken haben sich geeinigt, um die Sozialdemokratie niederzukämpfen. Die einzige Ausnahme der feilschnigen Vereinigung beständig nur die Regel. Die Vereinigung wird durch das spezifische Interesse der Exportindustrie veranlaßt, die Obstruktion mitzumachen, sonst würde sie es sicher ebensowenig wie die Volkspartei daran fehlen lassen, sich mit den übrigen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenzutun.

Sie Bourgeoisie — die Proletariat! Eine klare Scheidung. So mußte es kommen!

Der Gewaltstreich des Reichstages trifft uns nicht, wir haben ihn erwartet und unsere Kampfstellung ist anders, als unsere Gegner annehmen. Er trifft die sozialreformerischen Windmühlen. Wie hat man nicht dem Proletariat vorgeführt, daß es ein Recht gebe, das über den Klassen, über den Parteien stehe! Dieses Recht wird jetzt vom Reichstag mit den Füßen getreten. Man mißachtet die parlamentarische Minorität, man spricht ihr jede Dafeinsberechtigung ab, man will sie vernichten. Man sprach von einer Verhändigung der Klassen! Eine Verhändigung fand statt — unter den Besitzenden, um die Arbeiterklasse zu vergewaltigen! Worauf kann man sich nun noch verlassen? Worin bestehen die Garantien der Demokratie? Eine geschlossene Mehrheit, und jede Opposition wird frangulirt, jede Berufung auf Gesetz und Recht todtgemacht.

Und da träumte es Einigen unter uns selbst, es würde gelingen, im Schatten der Demokratie die Kapitalistenklasse unmerklich um ihre ganze ökonomische Macht zu bringen! Beim Zolltarif handelt es sich wahrlich nicht um die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist nicht einmal eine spezifisch proletarische Frage. Es ist eine Frage der kapitalistischen Handelspolitik, bei der selbst die Interessen der besitzenden Klassen getheilt sind. Aber es genügt, daß sich die leitenden Klagen des agrarischen und industriellen Kapitals zusammenfanden, und jeder Widerstand wird rücksichtslos gebrochen, das geschriebene Recht wird mit Füßen getreten. Wie aber erst, wenn wirklich Fragen des kapitalistischen Besitzes auf dem Spiele stehen? Wer hofft da noch, daß die Vertreter des Kapitals uns auf dem halben Wege zur Eroberung der politischen Macht die Hand reichen werden, um mit uns die Herrschaft zu theilen?!

Wir hatten etliche Jahre politischer Stagnation, während der sich ein parlamentarischer Schlamm angesammelt

hatte, der die Uebersicht über die politischen Grundströmungen trübte. Der revisionistische Streit, die Vorgänge in Frankreich erweckten bei den bürgerlichen Politikern die Vorstellung, daß die sozialrevolutionäre Energie der Sozialdemokratie nachlasse, und daß man nur geduldig zu warten brauche, bis sie sich selbst abwirtschafte werde. Während dieser Zeit gab man uns gern schöne Worte. Für je weniger gefährlich man uns hielt, desto lebenswürdiger wurde man uns gegenüber. Man schmeichelte dem Ehrgeiz unserer Parlamentarier, um sie vergessen zu machen, daß sie nichts sind ohne die Arbeitermassen, die hinter ihnen stehen. Auch an sozialpolitischen Versprechungen fehlte es nicht. In einem umso größeren Widerspruch dazu stand freilich die Stagnation der Arbeitergesetzgebung. Die großen Aufgaben, wie der Achtstundentag, wurden konsequent zurückgesetzt, aber um kleine Sachen machte man große Worte. Man ließ auch uns reden. Man duldete selbst unsere allgemeine Opposition, solange die Regierung und die Majoritätsparteien noch immer ihren Willen mit absoluter Sicherheit geltend machen können, und man beobachtete stillvergnügt, wie mancher unter uns mit den Bewegungen eines Mondsuchtigen sich ansahnte, aus dem parlamentarischen Spreu einen Strich zu fischen, um damit das Kapital zu erdroffeln. Da kam die Zolltarifvorlage und mit ihr für uns die Möglichkeit, nicht nur die herrschende Politik in Reden zu bekämpfen, sondern ihre Ausführung, wenn auch nur zeitweilig, zu verhindern. Das änderte auf einmal die Situation. Alle Arbeiterfreundlichkeit, alles Wohlwollen, die Anerkennung der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei — es ist im Nu verschwunden, wie weggewischt. In Geschäftssachen hört die Gemüthlichkeit auf. Millionen stehen auf dem Spiel, Millionen, die man von den Armen reißen will, — und die Sozialdemokratie ist wieder die auf Leben und Tod gehaftete Partei! Der Geist des Sozialistengesetzes, der Umsturzvorlagen, den man begraben zu haben glaubte, ist zu neuem Leben erwacht. Die Interessen wecken die Klassengegensätze, und mit dem Klassenkampf kam der Klassengeist wieder zum Durchbruch.

Das ist der Anfang einer neuen Entwicklung. Das einmal eingegangene Bündniß der bürgerlichen Parteien hat seine Konsequenzen. Sie haben dadurch nicht nur ihren Gegensatz zu dem arbeitenden Volk offenbart, sondern vor allem die Schranken, die sie selbst von einander trennten, niedergeworfen. Herr Bachem tritt als Beschützer der Nationalliberalen auf, Bassermann vertheidigt das Zentrum, und Kardorff nimmt sie alle unter seinen Segen. Aber jahrzehntelang haben diese Parteien sich gegenseitig auf das bitterste bekämpft — das giebt ein Arsenal von Waffen, die sie uns gegen sich ausliefern. Wenn wir uns noch etwas dazu wünschen sollen, so ist es nur, daß die bürgerlichen Parteien auch bei den kommenden Wahlen aufs Neue gegen einander Front machen. Sie werden es aber zu vermeiden suchen. Aus dem Zollbündniß wird noch ein Wahlkartell.

Ein Wahlkartell würde den bürgerlichen Parteien die Mandate sichern, uns — die Wähler. Wir können es darauf ankommen lassen. Ob wir bei den nächsten Wahlen 50 oder 70 Mandate erlangen, fällt wenig ins Gewicht. Solange wir in der Minderheit sind, thut doch die Majorität, was sie will. Die politische Macht läßt sich nicht rückwärts erobern, das haben die Ereignisse soeben gezeigt — wir müssen auf das Ganze ausgehen. Dazu giebt es für uns nur einen Weg: die Sammlung der Massen. Wir kehren auf den Standpunkt zurück, der auf dem Parteitag zu Halle festgelegt wurde: in der Agitation liegt für uns das Schwergewicht der Wahlen.

Wegen die bürgerlichen Parteien fortfahren, wie sie angefangen haben. Sie betreiben eine revolutionäre Agitation, die unsere propagandistische Aufklärungsarbeit weit hinter sich läßt. Es leben unsere Freunde — die Feinde!

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 2. Dezember 1902.

Aus dem Reichstag. Es ist manches schwer im Parlament, jagte vor einigen Wochen der Präsident Graf Ballestrem. Die Zoll- und Anbelmehrlheit erprobt am eigenen Leibe die Wahrheit dieses geflügelten Wortes. Sie glaubte schon über die Klippen weg zu sein; es zeigt sich aber, daß sie mit der Zulässigkeitsklärung des Antrags Kardorff ihr Weitschiff noch längst nicht in den Hafen gebracht hat. Die sozialdemokratische Kerntruppe und das Fähnlein der Vereinigung halten die Ankerposten des Hafens besetzt und vertheidigen jede Position mit hartnäckigster Standhaftigkeit. Einige Freischärler aus den Reihen der Nichterschen und der schwäbischen Volkspartei gesellen sich ihnen bei, während die Masse der „Volkspartei“ unter den strengen Augen ihres Korporals Gewehr an Fuß beiseite stehen muß. Mit einer furchtbaren, durch erneute Einbrüche der Mehrheit in das Grundgesetz des Hauses hervorgerufenen Geschäftsordnungsdebatte war Dienstag Abend die Sitzung zu Ende gegangen — um 9 1/2 Uhr. Die Kohlenstücke hatten diesmal ausgehalten, aber die altschwäbische Glocke war zersprungen

und hatte durch eine rüstigere ersetzt werden müssen. Die Mittwochssitzung, die schon um 12 Uhr begann, hob mit einer neuen Geschäftsordnungsdebatte an. Unsere Fraktion beantragte, die Verhandlung des Antrags Kardorff so lange auszusetzen, bis die Geschäftsordnungs-Kommission Bericht erstattet und das Plenum Beschluß gefaßt habe über die Frage, ob ein einmal gefaßter Beschluß über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes im Laufe derselben Debatte wieder umgeändert werden dürfe. Unser Genosse Haase-Königsberg begründete den Antrag nicht ohne verschiedene Zusammenstöße mit dem chruspuffeligen Vizepräsidenten Büsing. Dann kam der Tagesordnungsantrag v. Kardorff. Er wurde in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 76 Stimmen angenommen. Dies Hinderniß hatte die Mehrheit genommen. Sofort warf die Minderheit eine neue Schanze auf. Dr. Barth beantragte mündliche Berichterstattung sämtlicher 23 Kommissionsreferenten. Gegen dies Verlangen ließ sich nach der Geschäftsordnung nichts einwenden; nachdem Dr. Spahn, der trotzdem Einwände verjuchte, sich gründlich dabei blamiert hatte, mußte die Mehrheit in den sauren Apfel mit noch lauterer Miene beißen.

Und nun begann ein ergötzliches Kesselreiben, wobei gegen ihre sonstige Gewohnheit die Mehrheitsmitglieder als Treibwild fungirten. Die in ihrer überwiegenden Mehrheit der Majorität entnommenen Berichterstatter, Schwering-König, Camp usw. machten sich die Sache so leicht wie möglich; sobald sie aber ihre „beglücklichen“ nicht vorzöglichen — Referate geendet hatten, beantragte die Linke Zurückverweisung der mit fieberhafter Flüchtigkeit behandelten Positionen oder eines Theiles derselben an die Kommission zur mündlichen Berichterstattung. Dr. Arendt, der Silberzwäger, verdiente sich durch die Schluß- und Tagesordnungsanträge, die er an diesem Tage gewohnheitsmäßig stellte, den Namen eines „Schlußjuden“, der ihm auf der Journalistentribüne angehängt wurde. Aber erreicht wurde mit solchen Anträgen auf Uebergang zur Tagesordnung über die Uebergangsanträge gar nichts, da alsdann ein Mitglied der Linken im Rahmen einer Rede gegen Uebergang zur Tagesordnung vorbrachte, was er sagen wollte. Von unserer Seite beteiligten sich Bebel, Singer, Bernstein u. a., von der Freil. Vereinig. Gothein usw. an diesem lustigen Kesselreiben; selbst Herr Richter wurde von der Jagdlust angesteckt und machte das Treiben auf die Fasanenjäger wenigstens einmal mit. Eine ganz besonders interessante Episode in diesem frühlichen Jagden bildete die Debatte über die Herbstoffizälle, über die Herr Camp von der Reichspartei so „cavalierement“ wegging, wie es ein gräßlicher oder gar prinziplicher Junter nicht besser hätte machen können. Im Rahmen einer dreiviertelständigen Rede „zur Geschäftsordnung“ leuchtete ihm Genosse Wurm gründlich heim und ließ grelle Streiflichter auf jene Politik fallen, welche Hunderttausende von Lederarbeitern zu Gunsten von ein paar Duzend Schälwaldbesigern brodlos machen will. Flugs war Dr. Arendt da mit einem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Energetisch protestirte Genosse Bod gegen diesen Massenmord; der Uebergangsantrag erstreckte sich nämlich nicht nur auf den sozialdemokratischen, sondern auch auf eine ganze Reihe volksparteilicher Uebergangsanträge.

Und so ging es munter mehrere Stunden hindurch. Die Präsidenten wechselten mehrfach im Vorsitz ab; die Gerüchte von einer Amtsmüdigkeit des Grafen Ballestrem und des Bürger Büsing scheinen sich nicht zu bestätigen. Erst um 1/10 Uhr nahm die Jagd ein Ende, am Donnerstag Vormittag 10 Uhr bereits wieder fortgesetzt zu werden.

28. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Ueber den Schluß der Reichstagsitzung vom Dienstag ist noch zu berichten:

Vizepräsident Büsing will nun die Diskussion über Absatz 1 des § 1 des Tarifgesetzes in Verbindung mit dem Antrag v. Kardorff eröffnen.

Dr. Dörmel (Fg.) befreitet, daß dies zulässig sei, da am 27. November bereits die Diskussion über den Tarif selbst eröffnet worden sei, ohne im Laufe Widerspruch zu finden. (Sehr richtig! links).

Vizepräsident Büsing vertritt den Standpunkt, daß die Eröffnung der Diskussion über den Tarif am 27. November vom Hause noch nicht beschlossen, sondern daß nur ein Vorschlag nach dieser Richtung vom Präsidenten gemacht sei. (Zustimmung bei der Mehrheit. Große Unruhe links).

Es kommt zu heftigen Kontroversen zwischen dem Abg. Singer und dem Vizepräsidenten Büsing.

Ein Vertagungsantrag des Abg. Rösicke wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Die Geschäftsordnungsdebatte geht weiter. Nachdem Abg. Spahn sich der Auffassung des Vizepräsidenten Büsing angeschlossen hat, stellt die Mehrheit den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte.

Bebel (S.D.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Schlußantrag.

Vizepräsident Büsing erklärt nun, es sei Widerspruch von der Mehrheit gegen die Zulässigkeit weiterer Tagesordnungsanträge über Schlußanträge erhoben worden, er müsse das Haus entscheiden lassen. (Ungeheure Entrüstung links).

Bebel erhebt heftige Vorwürfe gegen dieses Verhalten des Vizepräsidenten, der die Bestimmungen der Geschäftsordnung einfach der Mehrheit ausliefern. Der

Präsident habe die Minderheit in ihren Rechten jederzeit zu schützen.

Gothein (Fg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Bebel an.

Dr. Spahn (Z.) macht den Vorschlag, die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, vorläufig aber Tagesordnungsanträge über Schlußanträge für zulässig zu erklären.

Dr. Sadekum (SD.): Wenn die Mehrheit fortfährt, ihre Uebermacht weiter so geltend zu machen, werden wir sie nicht bloß bekämpfen, sondern verachten müssen. Der Widerspruch gegen die Zulässigkeit der Tagesordnungsanträge wird zurückgezogen.

Lebehour (SD.) nennt das Verhalten des Vizepräsidenten Büsing ordnungswidrig und wird dafür von dem amtierenden Vizepräsidenten Graf Stolberg zur Ordnung gerufen.

Im Hause herrscht große Erregung, der der Vizepräsident Graf Stolberg nicht Herr werden kann. Er stellt die Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung und Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission zur Abstimmung. Im Saale weiß man nicht, welcher Antrag zuerst an die Reihe kommen soll. Die Linke erhebt gegen dieses Verfahren durch fortwährende Rufe: Zur Geschäftsordnung! Protest!

Bebel (SD.) spricht für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Er greift die Mehrheit heftig an und schließt: Auf die Gemaltakte der Mehrheit paßt das Wort: Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären!

Nachdem der Abg. v. Liedemann (Fg.) gegen den Tagesordnungsantrag gesprochen hat, wird der Antrag mit 211 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Vizepräsident Graf Stolberg will nunmehr über den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte abstimmen lassen. Minutenlange, stürmische Unterbrechungen links.

Singer (SD.) verlangt das Wort zur Fragestellung.

Vizepräsident Graf Stolberg will nun die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen vornehmen lassen, erklärt dann aber, übersehen zu haben, daß die Abstimmung eine namentliche ist.

Erst jetzt stellt der Präsident die Unterstufungsfrage. Der Schlußantrag wird mit 209 gegen 68 Stimmen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag auf Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission. (Stürm. Unterbrechungen links: „Ist noch gar nicht debattiert!“)

Der Präsident wird an der Bornahme der Abstimmung durch heftige Rufe der Linken: „Debatte! Debatte!“ gehindert; er schwingt in aufgeregter Weise die Glocke. Endlich fliegt die Glocke dem Präsidenten aus der Hand. Die Sozialdemokraten nehmen dieses Ereignis mit Handklatschen und stürmischer Heiterkeit auf. Die Glocke giebt nur noch blecherne Töne von sich. Auf den Bänken der Mehrheit erhebt sich ein ungeheurer Lärm, minutenlang dauert das wilde Getöse der Mehrheit fort. Von den Bänken der Sozialdemokraten ertönen die stürmischen Rufe: „Debatte! Debatte!“ fort.

Der Präsident hat zu läuten aufgehört und sitzt schweigend auf dem Präsidentenstuhle.

Inzwischen ist die Abstimmung erfolgt. Die Sozialdemokraten behelligen sich an ihr nicht. Der Ueberweisungsantrag an die Geschäftsordnungs-Kommission wird mit 227 Stimmen bei 2 Stimmenthaltnungen angenommen.

Singer (SD.) erhebt im Namen der Sozialdemokraten gegen diese Abstimmung Protest. Der Beschluß, zu dem sich der Präsident hergegeben hat, ist rechtswirksam! (Ordnungsruf.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Beschluß ist rechtswirksam! (Bischofsche Fui!-Rufe bei der Opposition.) Diejenigen Abgeordneten, die „Fui!“ gerufen haben, rufe ich zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Schluß 9 1/2 Uhr.

Berlin, den 3. Dezember 1902.

29. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Niemand.

Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem: Von den Abgg. Singer und Haase (SD.) ist ein Antrag eingegangen, die Verhandlung über den Antrag Kardorff so lange auszusetzen, bis die Geschäftsordnungs-Kommission über die ihr am 7. November überwiesene Frage Bericht erstattet und das Plenum darüber Beschluß gefaßt hat. (Es handelt sich um die Frage, ob ein einmal vom Hause gefaßter Beschluß über die geschäftliche Behandlung einer Angelegenheit im Laufe derselben Debatte wieder abgeändert werden darf.)

v. Kardorff (Fg.) beantragt über diesen Antrag Uebergang zur Tagesordnung.

Für den Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

v. Kardorff (Fg.): Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! rechts; Gelächter links.)

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung spricht Haase (SD.): Der Antrag Kardorff darf jetzt gar nicht verhandelt werden, da, wie der Präsident festgestellt hat, wir bereits in die Beratung des Tarifs einzutreten beschlossen haben.

Vizepräsident Büsing: Diese Frage ist gestern bereits erledigt. Ich werde nicht dulden, daß dieser Beschluß jetzt in der Diskussion angezweifelt wird.

Haase (fortfahrend): Das Vorgehen der Mehrheit muß zur Anarchie im Parlament führen. Was Sie gestern für sich beansprucht haben, verweigern Sie heute der Minderheit. Früher war der Präsident der Leiter der Geschäfte des Hauses, jetzt will ihn die Mehrheit zu ihrem Kommissar herabwürdigen.

Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem amtierenden Vizepräsidenten und dem Redner. Büsing verläßt sich die Beleidigungen. (Beifall bei der Mehrheit. Lärm links.) Abg. Haase befreit eine Beleidigung angesprochen zu haben. (Lärm b. d. Mehrh. Beifall links.)

Haase (fortfahrend) bittet um Annahme des Antrages Singer. Wenn Sie die Verhandlungen vom 16. Oktober, 9. Oktober und 7. November durchgehen, so werden Sie finden, daß der Präsident ausdrücklich verhandelt hat, daß über den Paragraph 1 Absatz 1 erst Beschlüsse gefaßt werden soll, wenn der Zolltarif durchberathen ist. (Der Karake im Hause wird immer größer.)

Vizepräsident Büsing ruft den Redner wiederholt zur Ordnung. (Ob! und Lärm links.)

Haase (fortfahrend): Ich muß mich jagen, befreite aber, ungeschlag geschrien zu haben. Wenn Sie nicht einen weiteren Rechtsbruch begreifen wollen, dann dürfen

Sie die Beratung des Antrages v. Kardorff nicht beginnen. (Bravo! links.)

Die auf Antrag Singer namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages v. Kardorff auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Singer mit 210 gegen 76 Stimmen bei 6 Stimmenthaltnungen.

Vizepräsident Büsing: In der nun wieder eröffneten Diskussion über § 1 Abs. 1 hat das Wort zur Geschäftsordnung Abg. Dr. Barth.

Dr. Barth (Fg.) beantragt, zunächst sämtliche von der Kommission bestellte 23 Referenten mündlichen Bericht erstatten zu lassen. Sollte ein Referent auf das Wort verzichten, so würde der Antrag kommen, die betreffenden Positionen, über die nicht berichtet wurde, zwecks Erstattung eines schriftlichen Berichts an die Kommission zurückzuverweisen. (Große Unruhe bei der Mehrheit. Bravo! links.)

Ein vom Abg. Molkenbühr (SD.) gestellter Antrag, die Positionen 5-22 an die Kommission zurückzuverweisen, wird vom Antragsteller vorläufig zurückgezogen.

Dr. Spahn (Z.): Gegenüber dem Verlangen des Abg. Gothein bitte ich, es beim alten Brauch zu belassen, über die Positionen erst am Schlusse der 3. Lesung zu referieren.

Singer (SD.): Es handelt sich hier gar nicht um die Positionen, sondern um die Positionen des Tarifs. Was Herr Spahn Herrn Gothein sagen läßt, wäre ganz sinnlos, und sinnlos zu sein, ist das Vorrecht der Majorität geworden. (Gr. Heiterk.) Ohne Referat ist eine Entscheidung unmöglich.

Vizepräsident Büsing: Die Diskussion über § 1, 1 des Tarifgesetzes ist eröffnet in Verbindung mit dem berechtigten Antrag Kardorff. Ein Theil dieses Antrags ist der Zolltarif. Ich werde daher zunächst den Referenten zum Zolltarif das Wort erteilen.

Gothein (Fg.): Ich möchte vorschlagen, nicht sämtliche Berichterstatter nacheinander sprechen zu lassen, sondern immer erst einen Bericht zu hören und dann die Diskussion darüber und über die dazu gehörigen Anträge zu eröffnen.

Vizepräsident Büsing: Es läßt sich nicht anders machen, als daß die Referenten nacheinander das Wort erhalten. Ich erteile nunmehr das Wort dem Berichterstatter für die Positionen 5 bis 22.

Berichterstatter Graf Schwerin-Löwiz (R.): Ich verzichte. (Stürmische Bewegung bei der Opposition. Mehrere Abgeordnete der Linken melden sich zur Geschäftsordnung.)

Dr. Barth (Fg.) stellt den Antrag auf Zurückverweisung der Positionen 5 bis 22 an die Kommission zwecks schriftlicher Berichterstattung.

Gothein (Fg.): Die Kommission hatte mündliche Berichterstattung beschlossen. Graf Schwerin erfüllt seine Pflicht nicht, wenn er sich weigert zu berichten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Singer (SD.) und Richter (Fg.) schließen sich den Ausführungen Gotheins an.

Vizepräsident Büsing: Graf Schwerin ist bereit zu sprechen. (Stürm. Heiterkeit links.)

Graf Schwerin-Löwiz berichtet über die Positionen 5 bis 22 in 10 Minuten. Während seiner Ausführungen erscheint Graf Posadowsky am Bundesratsstisch.

Dr. Barth beantragt die Zurückverweisung der Positionen 5 bis 22 an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. Der zehn Minuten dauernde Bericht des Grafen Schwerin ist die Karikatur eines Berichtes.

Vizepräsident Büsing: Diese Aeußerung ist unzulässig.

Dr. Paasche (R.): Ich konstatire, daß dieselben Herren, die hier mit allem Nachdruck nach Berichterstattung verlangen, fast sämtlich während des Berichts außerhalb des Hauses waren. (Stürm. Widerjor. links.)

Singer (SD.): Erstens ist die Behauptung des Abg. Dr. Paasche unrichtig, zweitens hat Graf Schwerin-Löwiz wichtige Vorgänge aus den Kommissionsverhandlungen nicht erwähnt. Haben Sie je eine solche Berichterstattung gehört? (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die schlechte Berichterstattung erklärt sich aus dem Widerwillen gegen sachliche Beratung des Tarifs. Wie können Sie da behaupten, die Würde des Reichstags zu vertreten? (Bravo! b. d. Soz.) Wir beantragen jetzt, daß wir auf dem Wege des schriftlichen Berichtes erfahren, was in der Kommission geschehen ist. Möge sich Herr Graf Schwerin den trefflichen Bericht des Abg. Speer zum Muster nehmen! (Während dieser Rede konterten die Abgg. v. Kröcher, Dr. Urendt, Spahn und Wasserfmann eifrig miteinander.) Wann wird die Regierung endlich Stellung zum Antrag Kardorff nehmen? (Rufe: Posadowsky soll sprechen!) Was ist das (mit erhobener Stimme) für eine Wirtschaft mit der Regierung? Ist sie denn nur dazu da, hinter dem Rücken des Plenums mit der Mehrheit zu verhandeln? (Bei diesen Worten verschwindet Graf Posadowsky schleunigst aus dem Saale. Stürmische Heiterkeit bei der Opposition!) Die Regierung hat in blamabler Weise geheime Abmachungen mit der Mehrheit getroffen, mit der sie ein Jahr hindurch in heftigem Widerspruch stand. Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag Barth. (Bravo! b. d. So.)

Dr. Barth (Fg.): In zehn Minuten kann nicht über die wichtigsten Positionen Bericht erstattet werden. Vom Bericht des Grafen Schwerin, der noch dazu mit unbedeutlicher Stimme vorgetragen wurde, war nichts zu lernen; es war der schlechteste Bericht, den ich je gehört habe.

Dr. Paasche (Fg.) schließt sich dem Vorredner an. (Es war sehr bezeichnend, daß Graf Posadowsky in demselben Augenblick verschwand, als von der Haltung der Regierung die Rede war.)

Dr. Paasche (R.) wiederholt seine Behauptung, daß die Sozialdemokraten während des Referats des Grafen Schwerin-Löwiz den Saal verlassen hätten. (Lebh. Protest links.)

Stadhagen (SD.): Abg. Paasche sollte wenigstens zur Erklärung seiner Behauptung Namen nennen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Positionen zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen werden.

Gothein (Fg.) spricht sich auch in dem, oben Sinne aus.

Berufstein (SD.): Ich konstatire, daß die Bänke der Rechten und des Centrum bei dieser so überaus wichtigen Frage leer sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbst einige Großgrundbesitzer haben sich gegen die landwirtschaftlichen Zollserhöhungen ausgesprochen. (Graf Posadowsky erscheint wieder im Saale.) Millionen Ertrags können mit angüllicher Spannung auf den Reichstag. In einseitigem Agrarinteresse nimmt den Antrag Kardorff landwirtschaftliche Gerichte aus.

Vizepräsident Graf Stolberg erwidert den Redner, daß er auf den Antrag Barth zu halten.

Berufstein (SD.) fortfahrend: Ich war eben am Schluß. (Heiterkeit.) Nehmen Sie den Antrag Barth an,

damit nicht das Wort von der Würde des Reichstags als leere Redensart, als Heuchelei erscheint. (Bravo! bei dem Soz.)

Stöckel = Dessau (wirdlib.): Ueber den sehr wichtigen Malzoll hat Graf Schwerin-Löwiz nichts gesagt. Er hat auch nicht gesagt, was er sich eigentlich unter Brauersteuer vorstellt. Schriftliche Berichterstattung ist dringend notwendig. (Beifall links.)

Der Antrag Barth auf Zurückverweisung der Positionen 5 bis 22 wird mit 228 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Im Laufe der Geschäftsordnungsdebatte ist wiederholt die Frage aufgeworfen, ob sich die Regierung zu dem Antrag Kardorff nicht äußern wolle. Die Regierung lehnt es entschieden ab, sich in die inneren Angelegenheiten der Ordnung der Geschäfte dieses Hauses einzumischen. Wir können uns über den Antrag Kardorff erst äußern, wenn das Haus in die sachliche Beratung dieses Antrags eingetreten ist. Die Verbündeten Regierungen können um Interesse der wichtigsten Geschäfte des Landes nur wünschen, daß dieser Zeitpunkt möglichst bald eintreten möge. (Beifall bei der Mehrheit.)

Gamp (Fg.) berichtet über die Positionen 23 bis 43 (Kartoffeln, Küchengewächse u.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Abgeordnete Stolle beantragt Zurückverweisung der Pos. 23 bis 43 an die Kommission.

Dr. Urendt (Fg.): Ueber diesen Antrag beantrage ich Uebergang zur Tagesordnung.

Für diesen Antrag spricht Dr. Urendt: Da wir der Meinung sind, daß alle solche Anträge nur gestellt werden in der Absicht, Zeit zu gewinnen, so werden wir stets darüber den Antrag auf einfache Tagesordnung einbringen. (Lachen links.)

Bebel (SD.): Das Referat des Herrn Gamp, das knapp eine Viertelstunde dauerte, war durchaus nicht genügend. Infolgedessen ist eine schriftliche Berichterstattung durchaus notwendig, weil sonst das Volk ja gar keine Ahnung hat, was für Beschlüsse unserer Beratung zu Grunde liegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die verbündeten Regierungen hätten uns längst die Gründe mittheilen müssen, weshalb sie dem Antrag Kardorff zugestimmt haben. Ohne diese Zustimmung wäre der Antrag Kardorff gar nicht zur Verhandlung gekommen. Ich kann also die Erklärung des Grafen Posadowsky, die Regierung wolle sich nicht in die Geschäfte des Hauses einzumischen, als unter diesen Umständen ganz unpassend zurückweisen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Eine solche Aeußerung erkläre ich für unzulässig, und da es sich um ein Mitglied der Regierung handelt, (mit der Glocke ausholend, Heiterkeit links) so rufe ich ihn zur Ordnung. (Gelächter bei der Opposition. Abg. Lebehour ruft: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Der Antrag Urendt auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Stolle wird mit 230 gegen 72 Stimmen angenommen.

Hierauf berichtet Vankenhorn (R.) über die Kommissionsverhandlungen der Pos. 44 bis 59. (Obst, Südrüchte, Frucht- und Pflanzenstoffe.)

Haubmann = Böblingen (Südd. Fp.) beantragt, die Pos. 46 (frisches Obst) zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen.

Wasserfmann (R.) begründet einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag.

Haubmann = Böblingen (Südd. Fp.) spricht gegen den Uebergang zur Tagesordnung. Es handelt sich bei dieser Position um sehr bedeutende Zollserhöhungen, deren Auswirkung schon zu einer partiellen Verarmung der betroffenen Kreise geführt hat. Gütten Sie (nach rechts) sich nach dem Streich vom 2. Dezember wenigstens vor den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen des Volkes. (Beifall links.)

Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen zur Abstimmung.

Haubmann = Böblingen: Ich ziehe meinen Antrag als aussichtslos zurück.

Damit ist auch der Antrag Wasserfmann erledigt.

Dr. Müller = Weimingen (Fg.) berichtet eingehend über die Positionen 60 bis 72 (Kolonialwaaren).

Gamp (Fg.) referiert über die Positionen 73 bis 98 (Erzeugnisse der Forstwirtschaft, Holzölle, Quebrachholz, Kautschukzoll, Kampferzoll.)

Wurm (SD.) beantragt, die Positionen 91 bis 93 (Gerbrinden, Quebrachholz und andere Gerbhölzer) an die Kommission zurückzuverweisen. Der Referent habe darüber ungenügend berichtet.

Gamp (Fg.): Ich habe mehr mitgetheilt, als in den Akten der Kommission enthalten ist. (Lachen links.)

Ein Antrag Dr. Urendt (Fg.) auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Wurm wird zurückgezogen.

Wurm (SD.): Das Protokoll der Kommission, auf das sich Herr Gamp beruft, ist schlecht und vollkommen ungenügend. Der Quebrachzoll ist von der Kommission gegenüber der Regierungsvorlage um das siebenfache erhöht worden. Wenn Sie diesen Zoll annehmen, so schädigen Sie eine blühende Industrie aufs Aeußerste zu Gunsten einer winzigen Anzahl von Schälwaldbesitzern. Die Industrie selbst hat sich einmüthig für die Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Zollfreiheit ausgesprochen. Auch Minister Müller war früher als Abgeordneter ein Gegner der Quebrachzölle. (Während dieser Ausführungen nimmt Minister Müller am Bundesratsstisch Platz.) Herr Gamp scheint bei allen diesen Vorgängen nicht zugegen gewesen zu sein. (Gamp ruft: Ich war dabei.) Um so schlimmer für Sie. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Ich protestire im Namen von Hunderttausenden von deutschen Arbeitern dagegen, daß diese Dinge hier verschwiegen werden, weil die Mehrheit glaubt, daß es Zeit zum Abendbrot ist. Beim 7 Mark-Zoll muß a. B. eine große Filzbesheimer Lederfabrik jährlich 280 000 Mark Zoll bezahlen. (Hört, hört! links.) Das bedeutet die gewaltthätige Schließung dieser Fabrik. Das ungünstige Urtheil des Kriegsministeriums über das Quebrach-Leder beruht, wie ebenfalls der Berichterstatter verschwiegen hat, auf falschen Voraussetzungen. Das Urtheil stammt aus dem Beginn der neunziger Jahre, als die Quebrach-Verwertung noch in den Kinderschuhen steckte. Nach der Berichterstattung des Herrn Gamp müßten die deutschen Lederarbeiter glauben, wir hätten in der Kommission geschlafen! (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Ueber die ganzen Stöße von Positionen hat Herr Gamp kein Wort gesagt. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Die Kommissionsbeschlüsse sind nur durch den furor agrarius erklärlich, der die Mehrheit beherrscht. Um der part. Schälwaldbesitzer halber soll die deutsche Lederindustrie vernichtet werden, eben da sie anfängt, mit der amerikanischen zu konkurrieren. Glauben Sie etwa, durch Zölle die Produktionsverhältnisse der Welt ändern zu können? Wenn die Herren da drüben schweigen, wird man im Lande einsehen, daß sie keine Gründe für ihren hohen Zoll haben. (Beifall b. d. Soziald.)

Präf. Graf Ballestrem: Abg. Sachsé beantragt für die Kommission zur nochmaligen Berichterstattung. Abg. Dr. Urendt beantragt für alle Anträge Uebergang zur einfachen Tagesordnung.

Für diesen Antrag spricht Abg. Dr. Urendt (N.B.), gegen denselben Abg. Wock-Gotha (S.D.), der nochmals auf die eminente Schädigung der deutschen Lederindustrie durch den sinnlosen 7 Mt.-Zoll hinweist.

Der Antrag Dr. Urendt wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 79 Stimmen angenommen. Abg. Herold (D.) berichtet über die Pos. 99-123. (Thiere und thierische Erzeugnisse Hering, Caviar, Austern.)

Mollenbühr begründet einen Antrag auf Rückverweisung der Pos. 106 (Federwild), 109 (Haarwild), 110 (Federwild), 114 (gejagte Heringe), 116 (Caviar und 121 (Seetrebte) an die Kommission.

Ein Antrag Spahn auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag, den Abg. Mollenbühr (S.D.) bekämpft, wird mit 222 gegen 73 Stimmen angenommen.

Hierauf berichtet Dr. Müller-Sagan (Fp.) über die Pos. 124 bis 141. Es folgt sogleich ein Bericht des Abg. Dr. Pasche über die Tarifpositionen 142-159.

Mollenbühr und Stadthagen (S.D.) bemängeln Pasches Bericht, stellen aber keinen Antrag. Nach dem Referat des Abg. Sieg über Mehl und Del beantragt Gothein die Rückverweisung der Delpositionen.

Spahn (F.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag. Edmund Fischer (S.D.) spricht gegen den Uebergang zur Tagesordnung, aber nicht über die Del-, sondern die Mehlpositionen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Gothein konstatiert, daß Fischer nicht zur Sache gesprochen, die schlafende Mehrheit und der Präsident dies aber nicht gemerkt haben. (Loben rechts. Jubel links.)

Stadthagen beantragt Rückverweisung weiterer Anträge, ebenso Bernstein. Beide Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Rebel fordert zum Verger der Mehrheit das ausgebliebene Referat über die Delpositionen und beantragt die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Präsident Ballestrem führt das Mißverständnis auf das Fehlen des schriftlichen Antrages von Gothein zurück.

Bernstein beantragt Rückverweisung der Zuckerpositionen. Stodmann (N.B.) erfindet einen Gegenriß gegen einzelne sozialdemokratische Rückverweisungen durch Antrag auf Massenrückverweisung.

Spahn beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Stodmann. Wurm spricht ausführlich dagegen.

Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Um 10 1/2 Uhr beantragt Kölsche-Deßau aus Rücksicht auf die Stenographen und Diener Vertagung. Das Haus stimmt dem zu. Die morgige Sitzung beginnt um 10 Uhr.

### Politische Mundschau.

**Deutschland.**  
Eine völlige Auflösung des Parlamentarismus, so schreibt der „Vorwärts“, sei in den letzten wenigen Tagen erzielt worden. Es gäbe keine Geschäftsordnung mehr, kein Präsidium mehr, keine Verfassung mehr, keinerlei Recht und keinerlei Logik.

Bei der Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrages Kardorff, die Dienstag sitzung, haben dem „Hamb. Corr.“ zufolge, von 53 Nationalliberalen 39 für die Zulässigkeit gestimmt, 6 dagegen und 8 haben gefehlt. Gegen die Zulässigkeit haben gestimmt: Büsing, Prinz Schönau-Carolath, Dr. Escher, Hilbert, Quentini, Dr. Semler. Gefehlt haben Depfen, Dr. Endemann, Haas (Erbach), Hosiang, Kahle, Kettner, Prieze und Wehl. Die übrigen Parteien stimmten fast sämtlich geschlossen.

Als bemerkenswert heben wir noch die Stimmenthaltung der beiden Präsidenten Grafen Ballestrem und Grafen Stolberg hervor. Ebenso enthielten sich die Abgg. Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst (b. l. Partei) und v. Strombeck (Centr.). Mit Nein stimmte Abg. Sabin (b. l. P.).

Die Nationalliberalen und der Antrag Kardorff. Welchen Eindruck das Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu dem Antrage Kardorff in weiten Kreisen der Partei macht, ergibt sich aus der Thatfache, daß der „Vorw.“ zufolge hervorragende Parteimitglieder, die seit langen Jahren große Opfer namentlich zu Wahlzwecken gebracht haben, auf die in den jüngsten Tagen an sie ergangene Aufforderung um Beiträge zum Parteifonds erklärt haben, dieser Aufforderung einwilligen nicht nachkommen zu können. Sie müßten ihre Entscheidung sowohl über die Leistung von Geldbeiträgen wie über ihre fernere Parteimitgliedschaft von der Abstimmung der nationalliberalen Fraktion über den Antrag Kardorff abhängig machen.

Auch die Proteststimmen in der nationalliberalen Presse — abgesehen von den ollen ehrlichen „Lübeckischen Anzeigen“, die mit der Wucher Mehrheit durch dünn und dick gehen — werden immer zahlreicher und lauter.

Die konservative Partei hat ihre Organisation geändert. Paul Beschluß des Gesamtvorstandes ist der engere Ausschuß der Partei (bisher Ober-Ausschuß) um ein Mitglied verstärkt worden. Ebenso besteht der geschäftsführende Ausschuß, der bisher nur drei Mitglieder zählte, fortan aus deren fünf. Der Jünfer-Ausschuß hat beauftragt die Erzielung einer wirksamen Aktion in Bezug auf die Organisation und die Parteipresse eines seiner Mitglieder zu befehlen, welches nach den Beschlüssen des Ausschusses mit dem General-Sekretär und dem Redakteur der „Konservativen Korrespondenz“ die laufenden Geschäfte besorgt. Als dieses geschäftsführende Mitglied ist der Abgeordnete von Voßell-Benden gewählt worden. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus Freiherrn v. Rankenfeld als Vorsitzenden, Graf zu Limburg-Straum, v. Heyde-

brand und der Lasa, Graf von Mirbach und von Voßell.

Herr Bachem wäre zwar, wie bürgerliche Blätter zu erzählen wußten, durch die Entrüstung unserer Reichstagsgenossen über seine feigen hinterlistigen Verleumdungen beinahe genorbet worden, aber so viel Geistesgegenwart hat er doch noch beisehen, um sich flugs antelegraphiren zu lassen und zwar — weil man dort ohnehin schon beim Telegraphiren war — aus Essen. Darauf drahlte hurtig er zurück: „Wie wir stets gekämpft für Wahrheit, Freiheit, Recht, so werden wir es auch in Zukunft thun müssen. Dieser Kampf wird wohl nie aufhören in unserem Vaterlande. Es ist allerdings eine eigenthümliche Wendung, daß wir jetzt für die Freiheit der Rede und das Recht des Reichstages kämpfen müssen gegen eine Partei, welche eine besonders freigeitliche und eine besondere Vertreterin des Volkes sein will.“ — Im Namen der Wahrheit erfindet Herr Bachem schmutzige Geschichten, im Namen der Freiheit und des Rechts geht er den Weg von Lichbichler zu Kardorff, vom Bruch der Geschäftsordnung zum Verfassungsbruch. Das Telegraphiren ist eine gute Erfindung: der Draht reißt nicht!

Eine moralische Vergewaltigung haben die Breslauer Patrioten an den Arbeitern der dortigen Eisenbahnwagenfabrik begangen. Sie haben die reichlich 2000 Arbeiter dieser Aktiengesellschaft darüber beschließen lassen, ob sie am nächsten Freitag den 5. Dezember bei der Anwesenheit des Kaisers Spalier bilden und eine Deputation an den Kaiser absenden wollten, die ihm das Einverständnis der Arbeiter mit der Rede des Kaisers gegen den „Vorwärts“ aussprechen sollte. Die Abstimmung der Arbeiter war eine öffentliche und das Resultat daher das von den Arrangeuren erwartete. Die große Mehrheit der Arbeiter stimmte — obwohl sich fast alle Arbeiter dort zur Sozialdemokratie halten — für das Spalierbilden, ebenso wie für die Absendung der Deputation. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden die Arbeiter die Dittung für diese brutale Vergewaltigung ausstellen. Selbstverständlich waren es dieselben Elemente, die im Reichstage den Hochverrath an der Verfassung begingen, waren es Junker und Pfaffen, die die hereinbrechende Wirtskälte dazu benutzten, ehrliche Arbeiter sich gefügig zu machen.

Eine treffende Antwort ertheilt die italienische „Patria“ der deutschen Krupp-Presse, indem sie schreibt: „Wenn die deutschen Zeitungen sagen, Italien wimmle von Erpresserbanden, so können die italienischen Zeitungen mit demselben Recht behaupten, Deutschland wimmle von Banden gewerkschaftlicher Denunzianten und Polizeispitzel.“ Die Krupp-Standale seien öffentliches Geheimniß aller, besonders aber der deutschen Nichtsthuher auf Capri gewesen.

Ein Erfolg der kaiserlichen Krupprede. Bei der Geschäftsstelle unseres Dorimunder Parteiorgans in Essen haben sich am Sonntag allein 88 neue Abonnenten angemeldet. So vernichtet man die Sozialdemokratie!

Kleine politische Nachrichten. Gegen den Umsturz im Reichstage haben unsere Genossen in Berlin für Donnerstag Abend 27 Volksversammlungen einberufen. — Dem Vernehmen nach werden die vom Bundesrath in letzter Sitzung beschlossenen Lohnbühler für die Kleider- und Wäsche-Konfektion vom 1. April 1903 ab auch für solche Arbeiten zu führen sein, die innerhalb der Fabrik oder Werkstätten verrichtet werden, also nicht nur für die Heimarbeit. — Herr H. Döschner-Dehe theilt der „Vorw.“ mit, daß die Nachricht, er sei von der deutsch-hannoverschen Partei als Kandidat bei der nächsten Reichstagswahl im 18. Wahlkreis aufgestellt, nicht richtig ist. Die genannte Partei habe keines Wissens bis jetzt noch keine Reichstagskandidaten aufgestellt. — Die Studenten-Tumulte in Barcelona erneuerten sich Mittwoch. Die Polizei löste mehrere Gruppen auf, die dem zurückgetretenen Gouverneur ihre Spontandie ausdrückten. — Nach dem Brüsseler „Petit Bleu“ hat sich Castro von Venezuela bereit erklärt, die Entschädigung für Deutschland und England zu regeln. Das Seligmann-Syndikat in Newyork hat die Summen aufgebracht. — Moraes Barros, der frühere Präsident von Brasilien, ist in Piracicaba gestorben. — Der argentinische Senat nahm einen Gesetzentwurf betreffend Reform der Sanitätspolizei an in Hinsicht auf die Einföhrung fremden Viehes, um damit die Wiedereröffnung der englischen Häfen für argentinisches Vieh zu erleichtern.

**Holland.**  
Die Zweite Niederländische Kammer nahm mit Einstimmigkeit die Brüsseler Zuckerkonvention an. Der Minister des Auswärtigen stellte fest, daß England verpflichtet sei, den aus seinen Kolonien eingeföhrten Zucker mit einem Sonderzoll zu belegen, falls diese Kolonien Produktions- bezw. Ausfuhrprämien gewöhren.

**Spanien.**  
Eine neue Ministerkrise ist in Spanien ausgebrochen. Sagasta stellte Mittwoch dem Könige sein unwiderstehliches Entlassungsgesuch zu mit der Begründung, daß die Mitglieder der Oppositionsparteien ihn mit Mißtrauen und Mangel an Höflichkeit behandelten, was er nicht verdiene. Der König verlangte 24 Stunden Bedenkzeit.

Der Attentatschwindel ist unaussrottbar. Spanische Blätter melden, in Drense sei ein gewisser Perez Pulgar verhaftet worden, der einen Dolch bei sich trug und erklärte, er sei ein Anarchist aus Argentinien und nach Spanien gekommen, um den König zu ermorden. Da er aber nicht die Mittel gefunden habe, nach Madrid zu gelangen, sei er in Drense geblieben. — Morgen wird man von der Schauerwär nichts mehr hören. Wir haben das immer wieder erlebt.

**Afrika.**  
Eisenbahnerausstand. Einer Neutermeldung zufolge legten die an der östlichen Hälfte der Delagoabahn beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder, weil der ihnen wegen der gesundheitschädlichen Verhältnisse in jener Gegend bewilligte Zuschuß von 100 Prozent zu dem gewöhnlichen Lohne, auf 33 Prozent herabgesetzt worden ist.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 4. Dezember.  
Zur „Revision“ des Bürgerstimmwahlrechts. Wie in gefriger Nummer bereits kurz mitgetheilt, hat die ge-

meinsame Revisionskommission sich dahin geeinigt, daß nur derjenige hiesige Steuerzahler das Wahlrecht zur Bürgerstimmwahl erwerben kann, der mindestens fünf Jahre 1200 Mark versteuert hat. Es kann also nur der wählen, der 5 Jahre in unserer Vaterstadt wohnhaft gewesen ist und während dieser Zeit 1200 Mark jährlich versteuert. Mit diesem Vorschlag hat sich die Kommission auf den in Hamburg jetzt geltenden Standpunkt gestellt. Auch dort konnte man sich früher nur durch Zahlung von 30 Mark die „Ehre“ erkaufen, Bürger zu werden und zur Bürgerstimmwahl berechtigt zu sein. Bei uns machte man es bisher nur durch Zahlung von 28 Mark möglich, eines der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht zur Bürgerstimmwahl, zu kaufen. Jetzt soll nun nach dem vorliegenden Vorschlage mit diesem Wahlrechtstaus gebrochen werden. Dieser Schritt ist ohne Frage gutzuheißen. Wird doch damit mit einem Privilegium der Bessersituirten gebrochen! Was aber soll nun an seine Stelle treten? Die Antwort auf diese Frage kann nach reiflicher Erwägung nur lauten: Ein Wahlrecht, das dem bisherigen nahezu gleichkommt; ein Wahlrecht, durch welches mindestens 12000 Steuerzahler rechtlos gemacht werden. Das ist in knappen, bürren Worten das Resultat der monatelangen Verhandlungen der Revisionskommission.

Aus dem Jahresbericht der Steuerbehörde für 1901 geht, wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, klar und deutlich hervor, daß die Zahl der Einkommen von 600 bis 1200 Mk. versteuernden Einwohner mindestens 12000 beträgt. Es handelt sich bei dieser „Reform“ jedoch nicht nur um die völlige Rechtlosigkeit dieser 12000 Personen. Bekanntlich giebt es in Lübeck 11261 Einwohner mit einem Einkommen von unter 600 Mk. Wenn sich auch von diesen 11261 Einwohnern der größte Theil aus noch nicht volljährigen Personen zusammensetzt, so müssen doch bei den geradezu traurigen Erwerbverhältnissen wohl mehrere Tausend zu denjenigen Einwohnern gerechnet werden, welche als erwachsene Männer das Wahlrecht zur Bürgerstimmwahl ausüben könnten, wenn man nicht die Armuth von diesem Rechte ausschließen würde. Wie hieraus hervorgeht, erhöht sich die Zahl der rechtlos Gemachten noch wesentlich. Und ein solches Wahlrecht, das sich in des Wortes vollster Bedeutung als ein Klassen-Wahlrecht entpuppt, magt man der Bevölkerung gegenüber in Vorschlag zu bringen? Fürwahr, der „Muth“ jener Herren ist anerkennenswerth; frei und offen spricht man es aus: Daß die Armuth eine Schande ist und daß der ehrliche, brave Arbeiter, der durch seiner Hände Arbeit weniger als 1200 Mk. jährlich verdient, mit dem ehrlosen Menschen, dem die bürgerlichen Ehrenrechte und damit auch die Wahlfähigkeit abgesprochen ist, auf eine Stufe gestellt werden soll. Wir werden im Laufe weiterer Ausführungen noch auseinanderlegen, warum man ein solches Wahlrecht einföhren und den Arbeiter, der unter 1200 Mk. verdient, der Gerechtigkeit zum Lohn vom Wahlrecht ausschließen will. — Für die Arbeiterstimmwahl kann dieser Vorschlag nur als: „Unannehmbar!“ bezeichnet werden. Sie wird alles daransetzen, um diesem Vorschlag den Garaus zu machen und zwar durch einen flammenden Protest gegen eine solche Rechtsföhmung Tausender braver Arbeiter!

Einem unerwarteten Verlauf nahm eine am gestrigen Abend in den „Central-Hallen“ abgehaltene, von den Nationalsozialen einberufene öffentliche Versammlung, in der viele Genossen erschienen waren. Herr Pastor Naumann referirte über das Thema: „Bürger und Arbeiter.“ Nach einer eingehenden Schilderung der jüngsten Vorgänge im Reichstage und einer heißenden Kritik des Verhaltens der Freisinnigen Volkspartei, deren Verhalten er mit der Thätigkeit von Streikbrechern verglich, erklärte Redner, daß er sich jetzt nur auf den Standpunkt des Abg. Gothein stellen könne. Sodann ging Redner zu dem eigentlichen Thema über und meinte, daß Bürger und Arbeiter durch die einzig richtige Weltanschauung, den Liberalismus, vereint werden müßten. Hier müßte dieselbe Grundlage Platz greifen, auf der die englische Politik bereits seit 1846 aufgebaut sei. Die nationalliberale Partei habe den Vaterlandsgedanken hochgehalten. In seinen weiteren Ausführungen unterzog der Redner das Verhalten der Nationalliberalen im Reichstage einer scharfen Kritik; er föhrt aber gewissermaßen zur Entschuldigung des Verhaltens der bürgerlichen Parteien an, daß das Bürgerthum noch lange nicht, wie seitens der Sozialdemokratie behauptet würde, zur Herrschaft gelangt sei. Heute sei noch das Zentrum und das Junkerthum am Ruder. Hier müsse Bürger und Arbeiter zusammenschließen, um diese Herrschaft zu brechen; die Sozialdemokratie könne es ruhig mit ihren Prinzipien vereinbaren, wenn sie Schulter an Schulter mit dem Bürgerthum an der Beseitigung dieser Herrschaft arbeite. Zum Schluß erläuterte Redner das nationalsoziale Programm. Lebhafter Beifall der Anhänger des Herrn Naumann folgte diesen Ausführungen. Unter stürmischem Beifall unserer Genossen traten nunmehr die Genossen Bartels und Wissell dem Redner entgegen. Ersterer Redner verwies darauf, daß das gesammte Bürgerthum ohne Ausnahme nach Erledigung des Zolltarifs wieder Hand in Hand gegen die Arbeiterklasse müthen müßte. Mit Recht betonte unser Genosse, daß der heutige Wuchertarif eine Folge der unfinnigen Flotten- und Militärpolitik, die auch seitens der Nationalsozialen kräftig unterstützt werde, sei. Zum Schluß erinnerte Redner an die Haltung des hiesigen Bürgerthums beim Streikpostenverbot und beim Tielischen Streik und bedankte sich dafür, mit einem solchen Bürgerthum zusammen zu kämpfen. Genosse Wissell schloß sich dieser Kritik in wirkungsvoller Weise an. Er geißelte mit heißender Ironie die Haltung des hiesigen Bürgerthums, das bereits auf eine Pringentandidatur und auf ein Trachtenfest gekommen sei, sowie der gesammten hiesigen bürgerlichen Presse. In wahrhaft treffender Weise verglich er die Haltung des „Muth“ Blattes im Jahre 1848, wo dasselbe einen Aufruf zur Unterstützung der Märzgefallenen veröffentlicht habe, mit dem heutigen vollverrätherischen Verhalten des Blattes. Naumann versuchte, diesen Angriffen gegenüber seinen Standpunkt zu vertreten; er erfuhr aber unter theilweiser stürmischer Erregung der Versammlung, hervorgerufen durch die Haltung des Bureaus, eine glänzende Abfertigung von seitens der genannten Genossen. Insbesondere beronte Genosse Wissell, daß es charakteristisch für die Haltung des hiesigen Bürgerthums und seiner Presse sei, daß Niemand den Muth gehabt habe, die scharfen Angriffe gegen das Bürgerthum zu widerlegen. Zur allgemeinen Ueberraschung nahm nun noch das Bürgerstimmwahlmitglied Herr Bape das Wort, der es bedauerte, daß Herr Naumann nur mit den Sozialdemokraten lieb und gepießt. Das sei um so auffälliger, als doch die Nationalsozialen beabsichtigten, mit den hiesigen bürgerlichen Parteien bei der nächsten Reichstagswahl zusammenzugehen. Hier

aber marschiere man mit den Sozialisten Arm in Arm. Die Nationalsozialisten haben beim Lübecker Streikpostenverbot stillgeschwiegen. Als Redner nun den Nationalsozialismus weiter glorifizieren wollte und auf Vorgänge in einer Malener Versammlung hinwies, rief Herr Kuhlmann, seines Zeichens nationalsozialistischer Provinzialsekretär, in totaler Begriffsverwirrung: „Sie haben mich blamiert!“ Stürmische Heiterkeit folgte diesem Ausruf, der natürlich umgekehrt lauten sollte. Nach diesem weiteren Zwischenfalle wies Herr Bape ferner darauf hin, daß man sich bei den Verhandlungen zwecks Anbahnung eines Kompromisses erst danach erkundigt habe, ob sich auch freisinnige Leute darunter befänden; man habe sich gewissermaßen erst beschauft. Hier rief Herr Monnier, der in leidenschaftlicher Erregung auf das Rednerwort auftrat, aus: „Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge!“ Nach einer Abfertigung dieses Herrn seitens des Herrn Bape forderte Letzterer auf, die freisinnige Volkspartei zu unterstützen. (Rufe: „Eugen Richter!“) Das Schlusswort hatte Herr Naumann. — Erst um 1 1/4 Uhr fand diese interessante Versammlung, die einer kleinen Reichstagsverhandlung der Jetztzeit gleich, ihr Ende. Bezeichnend ist, daß die nationalliberalen Herren Dr. Wittern, Dr. Vermehren und Bredt, welche anwesend waren, die schärferen Angriffe ganz ruhig einsteckten. Das ist nationalliberaler Mannesmut. Die Sozialdemokratie kam mit dem Verlauf dieser Versammlung sehr zufrieden sein.

Die hiesigen Schuhmacher beschlossen in ihrer am Dienstag Abend abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung im Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten.

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besucher belief sich im Monat November auf 504 (505) — die eingeklammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Unter den Besuchern waren organisiert 296 (278) Personen. Unter den verbleibenden 208 Unorganisierten befinden sich 46 Angehörige von Organisierten und ein Teil Nichtorganisationsfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 400 (396) männlich, 104 (109) weiblich. Den Hauptgruppen nach geschieden vertheilen sich die Besucher wie folgt: gelernte Arbeiter 196 (164), Arbeiter ohne Beruf 165 (170), Ehefrauen 74 (74), Witwen 15 (14), Dienstboten 13 (17), sonstige Gewerbetreibende 32 (39), Invaliden 9 (21). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 44 (47) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 17 (27), Oldenburg 3 (32), Medlenburg 4 (9), Brezeln 9 (9) und sonstige 0 (1) Personen. Die Auskünfte vertheilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Anfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 99 (102), Arbeits- und Dienstvertrag 91 (74), Bürgerliches Recht 207 (226), Strafrecht 25 (47), Arbeiterbewegung 4 (5), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 38 (32), Gemeindefachen 16 (32), Verjährung 24 (12). Von den Auskünften machten 92 (88) die Anfertigung von 116 (117) Schriftstücken erforderlich. Insgesamt wurden deren 124 (132) angefertigt. Davon gingen durch Vermittelung des Sekretariats als Postsendungen aus 39 (38). Eingänge 67 (68) Postsendungen. Der 24. und 27. Novbr. zeigte mit je 29 (36) die höchste, der 19. November mit je 4 (6) die niedrigste Besucherzahl.

\* **Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** In unserer geistigen Nummer veröffentlicht der Verein sein Delegatenprogramm. Ein reiches Programm: Am kommenden Sonntag, den 7. Dezember, zunächst eine Wanderung nach Ganssiede; Abmarsch 2 Uhr vom Lindenplatz. Am Montag, den 8. Dezember, findet eine

wichtige Monatsversammlung statt. Ausnahmsweise muß sie im Saale des Bürgervereins stattfinden, da ein großer Besuch in Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung zu erwarten steht. Der letzte große Vortrag findet am 17. Dezember im Konzerthaus Fünfhausen statt. Der bekannte Spezialist für Naturheilkunde, Herr Baepfe-Hamburg, spricht über das Thema: „Nationale Kinderpflege.“ Wir wünschen allen Veranstaltungen eine recht rege Theilnahme.

Die Durchfahrt durch den Elbe-Trave-Kanal ist infolge des starken Eises für alle Schiffe gesperrt worden.

**Gestrandeter Dampfer.** Der erst seit einem halben Jahre in Fahrt befindliche Dampfer „Aidha“, Kapit. Verhoff, der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Gorn“ gehörig, ist auf der Reise von Sundsvall nach Breiten auf den Hebriden an der Nordwestküste Schottlands gestrandet und als total verloren zu betrachten. Die Tanks und Räume sollen bereits unter Wasser stehen. Nach einer anderen Meldung ist der Dampfer bereits aufgebrochen. Die Mannschaft ist glücklicherweise gerettet.

Infolge des Eises ist der Bootsverkehr bei der Struckfährde eingestellt worden. An dessen Stelle vermittelt jetzt der Dampfer „Stadnik“ den Verkehr. Derselbe fährt von 5 1/2 bis 8 1/2 Uhr Vorm., von 11 Uhr Vorm. bis 2 Uhr Nachm. und von 4 bis 7 Uhr Nachm.

Dem Arbeitshause wurde im verfloffenen Monat ein Dieb wegen Bettelns überwiesen. Die Haftdauer beträgt 6 Monate.

pb. **Festgenommene Einbrecher.** Ermittelt und festgenommen wurden der von der Marine desertierte Matrose Ludwig Koth und sein Komplize, der Arbeiter Permann Prien. Dieselben sind dringend verdächtig, die in letzter Zeit hier vorgekommenen Einbrüche ausgeführt zu haben.

pb. **Diebstahl?** Eine Dame brachte zur Anzeige, daß ihr gestern Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr, während sie einen Wagen der Straßenbahn zu einer Fahrt aus dem Buschthor benutzte, ihr rothes Fuchtleiderportemanteau, enthaltend 40 Mk. in baar, darunter ein Zwanzigmarkstück, 9 Straßenbahnmarken und eine Eintrittskarte zur Eisbahn von Wulf, abhanden gekommen und vermutlich gewichen sei.

pb. **Wer ist der Eigenthümer?** Bei einem wegen Diebstahls in Haft genommenen Arbeiter wurden ein Paar fast neue und ein Paar angefrachte grauwollene Strümpfe mit rothbraunen Schäften gefunden. Der Eigenthümer dieser Strümpfe konnte bisher nicht ermittelt werden. Letztere liegen beim Polizeiamt im Bureau der Kriminal-Abtheilung zur Ansicht aus.

**Kleine Chronik der Nachargeseite.** Der seit Juni d. J. von Hamburg verschwundene Kaufmann Bledwedel, über dessen Vermögen inzwischen das Konkursverfahren eröffnet ist, hat, wie die Ermittlungen ergeben, 130 000 Mk. zum Nachtheil mehrerer Hamburger und Altonaer Geschäftsleute unterschlagen, auch ist jetzt ein Stedbrief gegen ihn erlassen worden. Als Verwalter eines Testaments hat Bledwedel außerdem 12 000 Mark veruntreut. Die gesammten Schulden dieses „seinen“ Börsenspekulanten sollen sich auf 232 000 Mk. belaufen. — Wegen Mißhandlung im Amte wurde der Wächter Jörn aus Schiffbeck von der Altonaer Strafammer zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte einen Arrestanten beim Transport fortgesetzt mit der Faust in den Rücken und mit dem Fuß in die Kniekehle gestoßen. Bei Anknüpf im Gefängnis hat der Angeklagte den Arrestanten, mit

den Worten: „In rin, Du Nas!“ in die Bille gestoßen. Das Urtheil kann angefochten werden. Ueberschreitungen der Amtsgewalt mit Recht als ein äußerst mildes bezeugt werden. — Der Kältepanzer „Hildebrand“ erlitt vor Cuxhaven eine erhebliche Beschädigung des Steueruders. Die Reparatur des Schadens bedingte eine zweiseitige Verzögerung der Weiterfahrt des Schiffes. — Aus Cuxhaven wird gemeldet: Hier herrscht Sturm aus Ost, zeitweilig Schneetreiben. Die „Silvana“ der Nordsee-Linie ist im Hafen geblieben, weil die Landung von Passagieren und Gütern in Helgoland unmöglich ist. Die holländische Zalt „Biod“, die auf der Rheide vor Antler lag, suchte im Hafen Schutz und kollidierte mit der Offside des Bollwerks am Außenhafen; sie hat den Bugspriet zerbrochen. — Der Magistrat von Schleswig hat in einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung in Erwägung gezogen (1) gegen alle öffentlichen Beleidigungen, die anlässlich der Hamfelde-Affäre gegen Magistrat und Stadtverordnete, oder überhaupt gegen die Stadtverwaltung erhoben sind oder noch erhoben werden, ein strafrechtliches Verfahren einzuleiten. Abwarten! — Das Schwurgericht in Gütrom verurtheilte den Tagelöhner Bernhard Meier aus Lischendorf, welcher verurtheilt hatte, am 18. September d. J. seinen Dienstherrn, den Gutspächter Dürkopff mittelst Revolvergeschusses zu tödten, zu 7 Jahren Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust. In nicht öffentlicher Sitzung erhielt sodann der Arbeiter Wilhelm Handrick aus Lormwig wegen Nothzucht 2 Jahre Zuchthaus. — Beim Jagen auf der Jürgensdorfer Feldmark bei Stavenshagen entlud sich das Gewehr des Jägerinspektors Löben; der Schuß ging dem Manne in den Unterleib. Nach wenigen Stunden war er eine Leiche. — Bei einem Einbruch in dem Klingerschen Uhren- und Goldwaarengeschäft in Neustrelitz wurden Gegenstände im Werthe von ca. 6000 Mk. gestohlen. — Das Schwurgericht des Kriegesgericht verurtheilte den Artillerie-Unteroffizier Jarner, der bei einem Streit mit Zivilpersonen 2 Schneider, von denen der eine gelähmt und der andere sehr schwachlich ist, mit seinem Säbel schwer traktirte, zu 45 Tagen Gefängnis, (1) weil er ferner mit geogonem Säbel die Strahe auf- und abstürmte, erhielt er wegen groben Unflugs außerdem 1 Tag Haft. Sehr mild! — Das Rettungsboot in Bremerhaven rettete die aus fünf Mann bestehende Besatzung des englischen Schooners „Mary and Eleanor“, der vor der Wesermündung gesunken ist. Die Mannschaft, die 25 Stunden in den Wästen zu gebracht hat, wurde dem Hospital zugeführt. — Der oldenburgische Landtag stimmte den Gesekentwurf bezüglich Einführung einjähriger Finanzperioden und jährlicher ordentlicher Landtage zu. — Nach einer Meldung aus Hannover sind gestern aus Zug Nr. 213 Hamm-Hannover, der dreißig Sträflinge der Strafanstalt Lingen beförderte, zwei schwere Verbrecher entsprungen. In Löhne wurde die Flucht entdeckt, die Eisenstäbe der Fenster waren durchgesägt worden.

### Letzte Nachrichten.

**Bochum.** Neun Personen verbrannt. Ein großes Brandunglück hat hier eine große Zahl Menschenleben vernichtet. In einer Konditorei brach Feuer aus, wobei neun Personen um's Leben kamen; schwer verletzt wurden drei, leicht verletzt wurde eine Person. Von den Schwerverletzten liegen zwei im Sterben.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut

**J. Brodersen und Frau,**  
geb. Kröger.

**Heinz Pogis mit separ. Eingang**  
zu vermieten. Emilienstraße 4a.

**Eine kleine Wohnung zu verm.**  
Engelsgrube 61.7.

In sofort ein gut möbirtes Zimmer nach vorne zu vermieten.  
Schüsstraße 21a, II. Hofsteiner.

**1 Parthie Bettfedern**  
à Pfund 40 Pfg.  
Fäterstraße 13a.

**Ein grüner Vapagei mit Bauer**  
billig zu verkaufen. Zu erfragen  
Fäterstraße 4a.

**Verloren am Sonntag Nachmittag 10 Uhr**  
eine blaue Geldtasche mit  
rothem Sammetband. Abzugeben  
St. Gertrudenstraße 37.3

**Visit-Karten**  
auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an.  
Die Druckerei des Lbh. Volksboten.

Prima weißes Schmalz Pfd. 80 Pfg.  
Kuchenschmalz 90 Pfg., gr. Kasten 85 Pfg., Sapfen  
Kuchenschmalz 90 Pfg., geschälte Bohnen 70 Pfg.,  
Schnitzholz 90 Pfg., geröstete Leberwurst 70 Pfg.,  
Kuchenschmalz 60 Pfg., Pfefferkörner 60 Pfg.,  
Kuchenschmalz 60 Pfg., Schmalz St. 10 Pfg.,  
Schmalz St. 60 Pfg., ff. Schmalz 10 Pfg.

**M. Labrtz, Böttcherstr. 1291.**

Prima harte Rippen zum Falzen Pfd. 70 Pfg.  
Prima harte Rippen Pfd. 75 Pfg.

**M. Labrtz, Böttcherstr. 16,** 1291.

Prima gesalzenes  
**Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.**  
**Karbonade „ 75 „**  
**Kalbsteck „ 40 „**  
**Rindfleisch „ 50 „**  
**Pr. Schweinefl. „ 65 „**

**W. Strohsfeldt,**  
Gladstegstraße 73  
Niederschlesienstr. 13 und 14.

Wegen theilweiser Verlegung meines Flaschenlagers verkaufe ich einen Posten Rothwein, ff. Tischwein, per Flasche mit Glas Mk. 0,65. Proben gratis in meinem Laden.

**J. Schlichting, Inh. W. Rahfoth,** Weinhandlung, Untertrave 113.

**Als schöne Zimmerzierde**  
ist den Parteigenossen zu empfehlen:

**Brustbild von Ferd. Lassalle.**  
Natürliche Größe, Delbrand. Preis 1 Mk.

**Brustbild von Karl Marx.**  
Natürliche Größe, Delbrand. Preis 1 Mk.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 50.

**Grosse Auktion**  
am Freitag den 5. Dezember 1902  
Nachmittags 2 1/2 Uhr  
**14 Hundestraße 14**  
über Mobilien, Porzellan aller Art, ca. 1000 Faden,  
Küchengeräthe, Spielzeug, Handbühnen, Uhren,  
Wälder, Schreibzeug, Pergellen, Glas und  
Kupfer, Löffel, Porzellan, Scherzen, ff. Zigaretten,  
geir. Kleidungsstücke u. v. a. m.

**Joachim Ch. R. Schmehl,**  
Auktionator und Taxator

**C. Grimm, Schlammgraben 6.**  
Lederhandlung en gros & en detail.  
**Billigste Sohlenauschnitt.**  
Verkauf sämtlicher Schuhmacherartikel.  
Neue Schuhe werden sauber und schnellstens  
angefertigt. Reparaturen werden schnellstens  
angefertigt.

**Stichtarbeit, Reklamogramme und Buch-**  
haben werden sauber und billig angefertigt.  
Düppel-Durchschnitt 14, bei der Dampfabdruckerei.

**DROCKHAUS'**  
**LEXIKON**  
NEUE REVIDIERTE  
JUBILÄUMS-AUSGABE

**NEUNTER BAND**  
ERSCHIEN  
SOEBEN. M 12.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Eröffne mit heutigem Tage eine  
**Stepperei mit Sohlen-Auschnitt**  
zu billigen Preisen  
und bitte mein Unternehmen günstig zu unterstützen.

**Eduard Teuteberg, Untertrave 89,**  
zwischen Baderstraße und Menckstraße.  
Alle Mitglieder der Schauerleute, welche  
gewillt sind, ihre Kinder beim Weihnachtsfeste  
mitbringen zu lassen, mögen Freitag Abend 7 Uhr  
bei Hesse, Johannisstraße 25, sich einfinden.  
Lieberbücher sind mitzubringen.

**Das Fest-Comitee.**

**Auspielen**  
von  
**fetten Gänsen, Karpfen**  
und **Handfleisch**  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag den 7. Dezember.  
Beginn Morgens 11 Uhr. Einlass 60 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein

**J. C. F. Jürss,**  
Engelsgrube 59.

**Panorama**  
(Filiale Berlin, Passage)  
Breitestraße 53, 1. Btg.  
Diese Woche zweite Reise durch

**Tirol.**

Unter- und Ober-Tirol, Achensee,  
Zugspitze und Brenner.  
Jeden Tag von 10—1 und von 2—10 Uhr geöffnet.  
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

**Stadt-Theater**  
Freitag den 5. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr.  
67. Borst. 60. Ab-Borst. 10. Donnerstags-Ab.  
**Carmen.**

Große Oper in 4 Akten von Bizet.  
Sonnabend: Ermäß. Preise „Der Wildschütz“.  
Sonntag Nachm.: Keine Vorstellung.

**!! Theater-Freunde !!**  
Schwartau, Travemünde etc.  
Freitag den 12. Dezember.  
**Alt-Heidelberg.**  
Stadt-Theater, Lübeck.

Rechtsanwaltlicher Anwalt für den Ortsgemeinde Rat der Stadt Lübeck am 2. Dezember 1902, sowie der mit J. St. geschickten Artikel und Notizen: Otto Friedrich  
Rechtsanwaltlicher Anwalt für den Ortsgemeinde Rat der Stadt Lübeck am 2. Dezember 1902, sowie der mit J. St. geschickten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwart.  
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckort: Lübeck.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Welche ungeheuerlichen Waffen der Parteihaß in reaktionären Köpfen treibt, dafür ein geradezu klassisches Beispiel. Von einem Richter (!) wird der „Kreuztg.“ geschrieben:

Die Immunität mag den Abgeordneten in seinem Verhältnis zu den übrigen Abgeordneten und zu dem Präsidenten schützen; sie darf und kann ihn aber nicht schützen, wenn er sich durch Ausschreitungen aus dem Bereich der Autonomie heraus auf den Boden des gemeinen Strafrechts begibt und wenn hier der Notwehrbegriff ausgeprägt erscheint. Was der Leidenschaft eines Abgeordneten recht ist, wird der Leidenschaft eines im Hause auf der Tribüne befindlichen Staatsbürgers billig sein. Wenn also ein Abgeordneter mit geballten Fäusten und unter Drohungen auf seinen Gegner — vielleicht auch auf einen Minister — eindringt, so kann zweifellos eine derartige Ausschreitung von einem empfindsam und leidenschaftlich veranlagten Tribunenbesucher als ein „gegenwärtiger, rechtswidriger Angriff“ im Sinne des § 53 Strafgesetzbuches aufgefaßt werden, und es könnte der gedachte Staatsbürger, der zufällig eine Waffe in der Tasche hat, aus Bestürzung, Furcht oder Schrecken — da er auch vielleicht einen verwandten Abgeordneten bedroht sieht, den Angreifer niederschleichen. — Das war kein Reichstag mehr, und da muß der Präsident vorbeugend eintreten, unter Umständen gegenüber „den fünfzig Köpfen“ mit dem Mittel eines telephonischen Aufgebots einer Korporalschaft, denn sonst wähen, wie Graf Feil besorgt, die fünfzig Köpfe dem Präsidenten — und den Armeekorps über den Kopf.

Selbst das ehemalige Hammersteinblatt hat noch genug Besonnenheit, zu erklären: „Wir können dem Herrn Einsender nicht in allen Punkten beitreten, namentlich nicht, soweit er aus der Behauptung, daß die tumultuarische Versammlung, die am Freitag am Königsplatz getagt hat, kein Reichstag mehr war, für die Anwendung der Strafgesetze Rechtsfolgen ziehen will.“ Dieser Richter, der aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, zeigt, wissen man sich noch von den konservativen „Freunden“ des Parlamentarismus versehen kann. Statt, daß das Rechtsgefühl diesen Richter veranlassen sollte, über die Gewaltthaten der Bönnemerkheit den Stab zu brechen, bekommt es dieser rechtspredigende Mann fertig, die Wuchererheit noch schärfer zu machen. Zu bedauern sind die Leute, die sich jemals vor diesem Richter zu verantworten haben, diesem Richter, dem jedes Gefühl für Gerechtigkeit abgeht.

Das erste anständige Wort, das bisher außerhalb der sozialdemokratischen Presse Deutschlands über den Fall Krupp gesprochen worden ist, läßt sich jetzt in der „Welt am Montag“ vernehmen. Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee zu Berlin und Leipzig veröffentlichte nämlich im genannten Blatte folgende Erklärung:

Anlässlich des Falles Krupp ist in der Presse vielfach die Anschauung hervorgetreten, daß die Behauptung, jemand sei homosexuell, an sich eine schwere Beleidigung und Ehrenkränkung bedeute. Ohne die Frage hier zu erörtern, ob Alfred Krupp homosexuell gewesen sei oder nicht, erhebt das wissenschaftlich-humanitäre Komitee zu Berlin und Leipzig im Namen von 1500 ihm bekannten Homosexuellen, die in ihrem Charakter und sittlichen Verhalten genau so ehrenhaft sind, wie die normalerweise Geborenen, gegen diese Auffassung energischen Widerspruch.

Es fordert, daß aus wissenschaftlichen Fororschungsgebieten die Konsequenzen der Humanität gezogen werden, damit die folgenschweren Verkennungen, denen schon so viele homosexuell Geborene zum Opfer gefallen sind, endlich ein Ende nehmen.

Wissenschaftlich-humanitäres Komitee.  
Dr. med. G. Burchard. Dr. med. W. Girschfeld.  
Dr. med. G. Mergbad.

Diese Erklärung erstet Fochmänner, die freilich nicht dem parteipolitischen Kampfe wider den Unpuz,

sondern der Wahrheit dienen soll, bewegt sich durchaus in jener Richtung, aus der heraus die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ erfolg sind. Sie sollten, wie wiederholt gesagt worden ist, gerade jenen unglücklich veranlagten Menschen zum Schutz und zum Vorteil dienen, die sich vom § 175 des Strafgesetzbuches ständig bedroht fühlen, für die kein Staatsanwalt und keine Polizei eintritt, denen vielmehr die Staatsanwälte und Polizisten auf den Fersen sind.

Neues zur Krupp-Affäre. Der Wittve Krupp hat eine Anzahl hochgestellter Personen ein salbungsvolles Schreiben gesandt, das dieselbe in „ihrem Schmerze trösten“ soll. Unter den Unterzeichnern befindet sich auch der Admiral und Staatssekretär a. D. Hollmann! Hierzu werden nun der „Münchener Post“, der wir die Verantwortung dafür überlassen müssen, aus Essen von eingeweihter Seite folgende sehr interessante Mitteilungen gemacht: „In den Kreisen, welche die Verhältnisse der Familie Krupp etwas näher kennen, wird das Weileid schreiben der vielen Notabilitäten einige Verwunderung und namentlich wegen einer Unterschrift sogleich Heiterkeit erzeugen, als aus so traurigem Anlasse aufkommen kann. Diese Unterschrift ist die des Admirals z. D. Hollmann, welcher besser kein Weileid schreiben an die Wittve Krupp gerichtet hätte. Das hängt so zusammen. Frau Krupp ist eine kluge und sehr energische Dame, welcher die häufige und lange Abwesenheit ihres Gatten und die Nachrichten, welche — nicht in so queller Hinsicht! — aus Capri über die Vergnügungen des Herrn Krupp eintrafen, außerordentlich unangenehm waren. Es kam hinzu, daß die Extravaganzen des Herrn Krupp auch für seine Einkünfte manchmal etwas kostspielig waren, so daß die Familie glaubte, genötigt zu sein, hiergegen irgend eine Hilfe zu schaffen. In ihrer Verlegenheit wandte sich Frau Krupp vor geraumer Zeit einmal an den Kaiser, der von der Familie Krupp als fürsorglicher Freund des Hauses verehrt wurde. Die Darstellungen der Dame sollen damals auf den Kaiser einen solchen Eindruck gemacht haben, daß er zu energischen Schritten eventuell gar zur Entmündigung Krupp's rieth, um das Werk und Ehre und Befehlstand der Familie zu erhalten. Als dieses den Freunden Krupp's, und namentlich dem ihm eng befreundeten Admiral z. D. Hollmann bekannt wurde, geschah von dieser Seite Alles, um das befürchtete Schicksal von Krupp abzuwenden. Frau Krupp wurde dem Kaiser als sehr erregte, aus Eifersucht häufig ihres Willens nicht mächtige Frau geschildert, deren Unterbringung und unter Umständen dauernde Eistruung in einer Nervenheilanstalt nötig sei. Frau Krupp kam auch thätlich unter ärztliche Beobachtung, und es war dem Auftreten eines Arztes zuzuschreiben, daß nicht seiner Zeit in Baden-Baden ein den Geisteszustand als gestört konstatarendes ärztliches Gutachten formuliert wurde. Indessen die Beobachtung und Ueberwachung blieb in Kraft, und gerade an dem Tage, an welchem Krupp starb, sollte sich ein in der Villa Hügel anwesendes Arztkollegium wiederum gutachtlich über Frau Krupp äußern. Zu diesem Zwecke und nicht wegen der wirklichen oder angeblichen Krankheit Krupp's war das bekannte Arztkollegium hier anwesend. Die Katastrophe machte natürlich diesen Dingen ein Ende und Frau Krupp plötzlich wieder ganz gesund und verfügungsfähig. Frau Krupp, die, wie schon bemerkt, eine sehr energische und geschickte Frau ist, wird daher das Weileid schreiben vor Allem in Bezug auf Herrn Admiral z. D. Hollmann gewißlich mit gemischten Gefühlen entgegengenommen haben, sie wird sich wohl unzweifelhaft für ihr ferneres Wirken einen besseren Stab und Steden wählen, als die Freundschaft des genannten Herrn und dessen engerer Freunde.“

## Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei der Firma

Kohland u. Pohl in Grimmitzschau sind seit vergangener Sonnabend 51 Holzarbeiter und Hilfsarbeiter ausständig. Die Differenzen entstanden infolge einer angekündigten Lohnreduktion um etwa acht Prozent; zum Ausstand kam es indes durch die Maßregelung eines Vorführers der Arbeiter. Die Montag den Ausständigen unterbreiteten Einigungsvorschläge (Ermäßigung der Lohnreduktion) wurden von diesen abgelehnt, da die Maßregelung nicht zurückgenommen wurde. — Am Sonntag haben die Blei- und Zinkarbeiter Amsterdams beschlossen, bei allen Unternehmern, welche die Forderung eines Minimallohnes von 25 Cents per Stunde nicht bewilligt haben, die Arbeit niederzulegen. An dem Streik sind 300 Arbeiter beteiligt. Zehn Unternehmer haben die Forderungen anerkannt. Die zur Zeit bestehende Föderation der Organisationen der baugewerblichen Arbeiter hat den Streikenden kräftigste moralische und finanzielle Unterstützung zugesagt.

Zu den Kosten einer Arbeitslosenabteilung, welche das Magdeburger Gewerkschaftskartell am 7. Dezember veranstaltet, hat die dortige Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats 400 Mk. bewilligt. Oberbürgermeister Schneider hatte bekanntlich in einer früheren Sitzung der Stadtverordneten erklärt, daß er ein Zusammengehen des Magistrats mit dem Gewerkschaftskartell zum Zwecke der Ermittlung des Umfanges der Arbeitslosigkeit für unangebracht halte.

Krupps Rache. Neben dem Redakteur unseres Köbner Parteiorgans sind nun auch noch die Redakteure der „Frl. Volksstimme“ und der „Elberf. Fr. Presse“ vor den Rädern zitiert worden. Da die Verfahren völlig gesetzwidrig sind, weil überhaupt kein formgerechter Strafantrag Krupp's vorliegt, so lehnten die Genossen die Beantwortung jeder Frage ab.

Die Scharfmacher des Baugewerbes hielten dieser Tage in Leipzig ihre 4. Generalversammlung ab. Fast hatte es den Anschein, als sei die Versammlung lediglich dazu einberufen worden, um einen neuen Feldzugsplan gegen die Bauarbeiter-Organisationen festzulegen. Uchteinhalb Stunden hat man verathen und etwa ebenso lange hat man die schwächlichsten Angriffe gegen die Arbeiter gerichtet. Geschimpft hat man nach Herzenslust, wie eben nur eine Anzahl der anmaßlichsten Unternehmer zu schimpfen in der Lage ist. Was ist in dieser Zeit nicht Alles über die Begehlichkeit der Arbeiter und über ihre frivolen Forderungen geredet worden! Je „schneidiger“ die einzelnen Redner auftraten, um so mehr konnten sie sich des Beifalles freuen, und wenn einer der Herren einen Streikleiter sogar als „frachen Burschen“ bezeichnete, so war er jedenfalls von vornherein nicht im Zweifel darüber, daß er die Zustimmung seiner Kollegen hatte. Wie sehr sich verschiedene Herren in die Hitze geredet hatten, läßt sich daraus erkennen, daß selbst in ihren eigenen Reihen Reinerungen laut wurden, die, wenn auch nur äußerst schwachen, den geäußerten Behauptungen zu widersprechen suchten. So war es u. A. der Leipziger Vertreter, der Baumeister Enke, der entgegen den Behauptungen seiner Kollegen erklären mußte, daß die Arbeiter sich bemühen, Vereinbarungen, die zwischen ihnen und den Arbeitgeber getroffen sind, einzuhalten. Gegen Alles, was nur irgend den Anschein hatte, als Vortheil für die Arbeiter zu gelten, mußte nach Ansicht dieser Leute flammender Protest erhoben werden. Der Ausbau der Verschleierungsgehe muß auf jeden Fall hintertrieben werden. Die Arbeitslosenversicherung sei unmoralisch, die Kontrolle der Bauten durch Arbeiter „eine schwere soziale Gefahr“, die Einfügung der Streik Klausel in die Verträge müsse bei den Behörden mit aller Energie durchgedrückt werden, denn sie sei eine Gegenmaßregel zum Koalitionsrecht der Arbeiter. Ein Antrag, bei Submissionsbedingungen auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu garantiren, der einzige Antrag, der überhaupt einen vernünftigen Ansich hatte, wurde abgelehnt. Vielleicht ist er deshalb nur eingebracht worden, um abgelehnt zu werden.

## In den Minen.

Roman von R. Orth.

45. Fortsetzung. Nachdenk verboten.

Die dichtgedrängten Mollu Maguire's hatten Mühe, den erforderlichen Raum zum Niederknien zu finden, aber es gelang ihnen doch, und als keiner von ihnen mehr aufrecht stand, trat Lawler auf den Teppich, wandte sein Gesicht dem Todtenschädel zu und sagte, nachdem er seine Knie ebenfalls gebeugt hatte:

„Ich schwöre, daß mein Herz rein ist von Lüge und Falschheit, von Meineid und Verrath — ich schwöre es bei meiner ewigen Seligkeit und bei dem Leben aller derer, die mir hier auf Erden werth und theuer sind. Mogen Fluch und Verdammniß mein Haupt treffen, wenn ich je mit Wissen und Willen etwas gethan, das dem Orden der Hibernier oder dem Bunde der Mollu-Maguire's schädlich sein sollte, und mögen alle, die ich liebe, vor meinen lebenden Augen von Elend, Krankheit und Tod heimgeführt werden, so ich in diesem Augenblicke die Unwahrheit gesprochen habe.“

Langsam richtete Lawler sich empor; langsam, wie von einer schweren, sichtbaren Last niederbeugt, lehrte er an seinen Platz hinter dem Tische zurück.

„Henry Dougherty! Tritt vor und leiste den Eid!“  
„Behorjam hatte sich Morgan erhoben und zwei Schritte vorwärts gemacht. Aber er ließ sich dort nicht von neuem auf die Knie nieder, sondern blieb aufrecht stehen. Traurig und wie in banger Frage ruhten die Augen Lawlers auf seinem unbewegten Gesicht.“

„Heuge Deine Knie, Bruder Dougherty, und wiederhole, was ich Dir versprochen werde.“

Der Angeredete stand unbeweglich. „Nein,“ sagte er, „ich werde diesen Eid nicht leisten. Und der Beschluß wäre nimmermehr gefaßt worden, wenn ich bei der Verabingung zu-

gegen gewesen wäre. Jeder Mollu Maguire, der sich zu solchem Schwur herbeiläßt, beschimpft sich selbst. Den Verräther aber, wenn er überhaupt existirt, werdet Ihr auf diese Weise wohl schwerlich entdecken.“

Ein dumpfes Murren erhob sich ringsum. Lawler aber gebot Schweigen und wandte sich mit erhobener Stimme an Morgan. „Du hättest Deine Meinung äußern sollen, als es dazu an der Zeit war. Jetzt ist es zu spät. Kein Mitglied des Ordens hat das Recht, sich einem Beschluß seiner Gruppe zu widersetzen. Und dieser hier war mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt — hörst Du, Dougherty? Du wirst also schwören oder Du hast mit diesem Augenblicke aufgehört, ein Mollu-Maguire zu sein.“

„Gut denn — so bin ich es nicht mehr! Ich lasse mich nicht zu etwas zwingen, was ich für Thorheit halte.“  
Die Knieenden fuhren auf. Wilde Erregung malte sich auf allen Gesichtern, und drohende Bursche schwirten unerbittlich durcheinander. Da brachte ein Ausruf Lawlers den Anführer noch einmal zum Schweigen.

„Was bedeutet das?“ hatte er mit schallender Stimme gefragt, das Gesicht der Thür zugewendet. „Wer wagt es, die Verfassung des Ordens so freventlich zu verletzen? Fort mit dem Weibe!“

Alle Blicke folgten der Richtung des seinen, um mit Erstaunen zu sehen, daß neben M'Donalds hagerer Ahegestalt Dally Monaghan im Rahmen der offenen Thür erschienen war. Und das Erstaunen wuchs, als M'Donalds ruhig erwiderte:

„Nein, nicht fort mit ihr! Ich bin es, der sie hier einführt, und wenn die Verfassung des Ordens damit verletzt wird, so falle die Verantwortung auf mich. Sie ist die Zeugin, auf die ich mich für meine Anklage berufe. Denn ich sehe hier als Ankläger und fordere Gericht über den Mann, der sich als Henry Dougherty in unseren Bund eingeschlichen hat, um unsere Geheimnisse zu erforschen und sie unseren Feinden zu verrathen.“

Ein furchtbarer Tumult folgte diesen Worten. Alles drang auf Morgan ein, und die Anstürmenden hätten ihn unfehlbar niedergeschlagen, wenn nicht jetzt Lawler vor ihn hin getreten wäre, um ihn mit seinem eigenen Leibe zu schützen.

„Ruhe!“ donnerte er den Rasenden entgegen. „Ruhe — sage ich! Kennt Ihr das ein Gericht? Tritt her, M'Donald! Ihr anderen aber bleibt auf Euren Plätzen! Sieh Deinem Ankläger ins Auge, Henry Dougherty, und sprich, sofern Du ihm zu antworten weißt.“

„Was soll ich ihm anders antworten, als daß er ein Narr ist, der sich von einem rachsüchtigen Weibe hat beschwören lassen!“ rief Morgan. „Ich denke, es wäre an ihm, seine Behauptung zu beweisen, nicht an mir, den Beweis meiner Unschuld zu liefern.“

„So ist es Ordensgesetz — Du hast ein Recht, es zu fordern. Deine Beweise, M'Donald!“

„Laßt mich statt seiner reden!“ sagte Dally, mit erhobenem Haupte und blickenden Augen in den Kreis der Männer tretend. „Denn ich allein besitze die Beweise, die Ihr verlangt. Jener Mann heißt weber Henry Dougherty noch James O'Neil, wie er mich und Dich, Lawler, glauben machen wollte: denn James O'Neil sitzt seit vier Wochen im Gefängniß und hat nie eine Schwester gehabt. Ich habe ihn mit eigenen Augen gesehen, denn ich war in Buffalo und habe mich überzeugt, daß alles, was jener Mann und seine angebliche Schwester uns erzählt haben, nichts gewisses ist als Lüge und Betrug. Ist es so, mein theurer Morgan — oder hast Du auch jetzt noch Lust, mich als eine Narrin zu verhöhnen?“

Bis zum letzten Moment noch hatte Morgan die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es seiner Ruhe und Kaltblütigkeit gelingen werde, die Gefahr zu beschwören. In dem Augenblicke aber, da Dally ihn bei seinem richtigen Namen anredete, gab er sich verloren; denn er mußte glauben, daß sie von allem unterrichtet sei. Und er wollte nun, da sei-

Die Vereine der Hotelbedienten Deutschlands hielten in Hannover einen Verbandstag ab, um außer anderen Berufs- und Organisationsfragen in erster Linie den Zusammenschluß zu einem Verbandsverbande und dessen Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften zu erörtern. Der Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften wurde von sämtlichen vertretenen Vereinen beschlossen. Zum Sitz des Verbandes wurde Berlin, zum Ausschuhort Hannover gewählt. Hauptaufgabe des Verbandes neben Unterstützungstätigkeiten bei Todesfällen, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Reise und Umzug soll in erster Linie kostenlose Stellenermittlung sein, die man selbstständig in die Hand nehmen will, in der Erwartung, dabei Hand in Hand mit den Prinzipalen gehen zu können. Lebhaftige Klage wurde geführt über die ganzen Dienstverhältnisse der Hotelbedienten in Bezug auf Arbeitszeit, Wohnung und Essen, über die seitens der Verbandsleitung durch Fragebogen Erhebungen angestellt sind. Auch die seit dem 1. April 1902 geltende Bundesratsverordnung betreffend die Ruhezeit im Gastwirtsbetriebe wurde in den Vereinen der Erörterungen gewogen und bitter darüber geklagt, daß dieselbe nur für Keller gelte, deren ca. 100 000 in Frage kommen, nicht aber auch für die ca. 158 000 Hotelbedienten, deren Arbeitsverhältnisse weit schlimmer seien als die der Keller. Die neue Verbandsleitung soll auch in dieser Hinsicht bei Bundesrat und Reichstag vorstellig werden, um wenigstens die Ausdehnung der genannten Bundesratsbestimmung auf die Hotelbedienten zu erreichen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen Einzelheiten im Anschluß an die erörterten Hauptpunkte oder allgemeine Besprechung rein interner Berufs- und Organisationsfragen ohne besonderes allgemeines Interesse.

## Aus Nah und Fern.

**Ein musikalischer Polizei-Mißgriff.** Eine unliebsame Unterbrechung erfuhr die von dem Berliner Hofkapellmeister Richard Strauß in Braunschweig veranstaltete Matinee des Berliner Konzülfiler-Orchesters. Während des Konzertes wurde Herr Strauß durch einen Diener aus dem Saale gerufen, wo ihm ein Polizeibeamter vorbeist, weiter zu spielen, weil das Konzert nicht angemeldet sei. Als Herr Strauß dieses dem Publikum bekannt gab, entfiel ein Schreien, Klatschen und Schimpfen, bei dem die Polizei gerade nicht gut fortkam. Die Kapelle, 70 Personen, rüßte sich bereits zum Abmarsch, da kam die Polizei, daß weiter gespielt werden könnte. Es stellte sich heraus, daß ein Polizeibeamter aus Unkenntnis des Gezeiges eigenmächtig vorgegangen war; er hatte das Berliner Konzülfiler-Orchester mit einer Damenkapelle verwechselt! (Nach dem Braunschweiger Polizeiverordnungsbuch sind nämlich an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Nachmittags alle Musikaufführungen, mit Ausnahme der Oratorien, der geistlichen und künftlerischen Konzerte verboten. Red. d. L. B.) Als Strauß am Schluß immer wieder gerufen wurde, sagte er, der eben seine bekannte italienische Symphonie gespielt hatte, mit Hinweis auf das Podium: „Ich glaube, Sie sind wohl alle mit mir darin einig, daß in diesem Italien keine Anarchisten sind!“

**Sein Wort genommen.** In einem jenseitigen Pferdehändler ist der Vorstand des Berliner Tierärztlichen Vereins, zu dessen Leiter ein Regierungsrath gehört, mittels eingeschriebenen Briefes am Sonntag eingeladen worden. Das Essen soll in vierzehn Tagen in einem noch näher zu bestimmenden Restaurant abgehalten werden. Veranlassung zu dieser etwas sonderbaren Einladung gab ein Flugblatt des genannten Vereins, in welchem die Vorzüge des Köstlichen als menschliche Nahrung hervorgehoben wurden. Auf Veranlassung von Berliner Schlächtermeistern, die sich durch das Flugblatt geschädigt fühlen, werden die Vorstandsmitglieder nun eingeladen, am, wie es in dem Briefe heißt: „durch die That zu beweisen, daß sie auch selbst das für ein gutes Essen ansehen, was sie anderen als solches empfehlen.“

**Stromberg.** Zwei Lehrlinge erstickt. Infolge Überreizens des Ohrs erstickten in Frenthald (Wehr.) 2 Töpferlehrlinge an Kohlen gas.

**Kraswald.** Bei einer Explosion, die in dem Keller der hiesigen Apotheke stattfand, wurde ein Apothekerlehrling getödtet, der Hausdiener schwer verletzt.

**Ein epochales Werk.** Aus Anlaß des jüngsten Kaiserbesuches in Göttingen ist dort ein eigenartiger Gedankstein mit frischem Tannengrün geschmückt worden. Der Stein steht in der Göttinger Heide unweit Kaufha und trägt folgende Inschrift: „Wilhelm, Prinz von Preußen, schloß hier am 23. April 1879 seinen ersten Auerhahn.“

**Erstickt im städtischen Arresthause von Baunzen** aufgefunden wurde ein Radfahrer Hermann Rudolf aus Schönberg, wenigstens lautet die Ausweisakte auf diesen Namen, nachdem er am Abend vorher in sinnlos betrunkenerm Zustande von Polizeibeamten dorthin gebracht worden war. Der Mann hatte noch bis gegen 1 Uhr Nachts in der Belle standhaft, dann war es ruhig geworden. Früh war die Belle voller Rauch, das Lagerstroh in glühendem Zustande, der Insasse schon seit geraumer Zeit todt. Anscheinend hat der Eingesperrte Licht machen wollen, wobei ihm in seiner Trunkenheit ein brennendes Streichhölzchen auf das Stroh gefallen ist. Der Aufseher giebt freilich an, den Arrestanten bei seiner Einlieferung genau untersucht und Streichhölzer bei ihm nicht gefunden zu haben.

**Der Mist in parlamentarischer Beleuchtung.** In einer der letzten Sitzungen des braunschweigischen Landtages stand ein Regierungsantrag zur Verhandlung, in dem die Bewilligung der Mittel für einen Schweinefall und eine Hauptmiststätte auf einem Klostergut gefordert wurde. Ueber diesen Antrag kam es zu einer Debatte, aus der die „Braunschw. Landesztg.“ mittheilt: Staatsminister Otto: „Meine Herren, da sind wir wieder einmal bei der Miststätte, ein in dieser Versammlung nicht ganz ungewöhnliches Thema. (Große Heiterkeit.) Man sollte vielleicht erwägen, ob man nicht statt „Mist“, Körper und Seele der Landwirtschaft“ sagen sollte. Wir sind nun gegenüber dem Antrage der Kommission in einer schwierigen Lage. Nach dem mit dem Pächter abgeschlossenen Vertrage erfolgt die Erneuerung von Miststätten, soweit sie nicht mehr reparaturfähig sind, auf Kosten der Kammer und zu solchen Miststätten gehört auch die Miststätte. Soweit nun mein, was Miststätten anlangt, recht schwacher Bestand ausreicht, bleibt bei den Miststätten nichts Anderes übrig, als sie vollständig zu erneuern. — Abg. Sambrecht: Ich bitte mich zu entschuldigen, wenn ich bei dieser Sache etwas weit aus hole. Aber es ist eine landwirthschaftliche Angelegenheit und dabei ist der Mist nicht zu vermeiden. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie einmal über juristische Spitzfindigkeiten hier verhandeln, dann ist das in unseren Augen auch vielfach schärfisch. (Schallende Heiterkeit.)

**Vielefeld.** Eisenbahnunfall. Auf der Kleinbahn Herford-Salzußen erfolgte Montag Nachmittag ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Zwei Personen wurden schwer verletzt. Ein Wagen ist zertrümmert. Der Schaden ist erheblich.

**Der preussische Eisenbahnstrecke auf der Anlagbahn.** Am Abend des 29. Juni passirte auf dem Dortmund Hauptbahnhofe ein größerer Eisenbahnunfall, wobei 4 Personen verletzt wurden. Der Fall lag ganz eigenartig. Einige rangirte Wagen waren mit solcher Wucht an einen nach der Hauptverkehrsstraße zu liegenden Brellbock gestoßen, daß dieser überrennt und die Wagen über die einige Meter hohe Böschung hinauf und bis mitten auf die Straße geschleudert wurden. Ein Zufall war es, daß im Moment nicht mehr Passanten an dieser Stelle waren, die, zumal das Unglück an einem Sonntage passirte, sehr befeht ist. Die Staatsanwaltschaft fand die Schuldigen in der Person des Lokomotivführers Kemper und Amstermeisters Drees, die sich jetzt vor der Dortmund Strafkammer wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten halten. Durch Fesseln wurde festgestellt, daß die elenden Dortmund Bahnhofsverhältnisse es nicht erlaubten, die Bahnhofs vorrichtungen zu befolgen. Kemper hatte am freitaglichen Sonntage mit seiner Maschine die Arbeit für drei zu leisten. Weiter fehlte es an Leuten zum Bemannen. Obwohl beim Rangieren auf todtem Gleis nicht abgefahren werden dürfte, wurden diese Vorschriften selbst unter den Augen höherer Beamter nicht befolgt, weil das die Zustände oft nicht erlaubten. Der Lokomotivführer erklärte, an dieser Stelle habe er abhaken müssen, da das Gleis für einen gemeldeten Personenzug schnellig habe freigemacht werden müssen. Auch waren die Leute überarbeitet. Die vom Staatsanwalt beantragten 300 Mk. Geldstrafe für jeden

reduzirte das Gericht auf je 50 Mark. Seit Jahren bemüht sich die Dortmund Bürgerchaft, der Regierung die Ungünstigkeit des Bahnhofes plausibel zu machen. Die Regierung läßt sich nicht durch Gründe belehren, vielleicht lernt sie durch Unglücksfälle.

**Der Feuerwehmann als Brandstifter.** Mehrere vorläufig angelegte Brände in Elberfeld-Sonnborn hielten die dortige Bürgerchaft in den letzten Wochen in dauernder Aufregung. Die Polizei war eifrig beschäftigt, den Brandstifter zu ermitteln, aber es wollte ihr nicht gelingen. Da entschloß sich das Stadtverordnetenkollegium, auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 200 Mark auszusetzen. Dies hat denn auch den erhofften Erfolg gehabt; der Brandstifter ist in dem 21 Jahre alten Sattler Edmund Caspers ermittelt worden. Caspers ist Mitglied der freiwilligen Feuerwehr von Sonnborn und hat sich dadurch mehrfach verdächtig gemacht, daß er immer als Erster auf der Brandstelle erschien.

**Furchtbare Kälte** in den ost russischen Provinzen und Sibirien wird aus Petersburg gemeldet. In Lomsk ist das Thermometer bis auf 46 Grad unter Null, d. h. bereits 6 Grad über den Punkt gefallen, an welchem selbst das Quecksilber gefriert. Das Gland unter den Bauern steigt natürlich proportionell, da die meisten ihr Vieh nicht ernähren können und deshalb zu Schleuderpreisen verkaufen müssen. Viel Vieh soll in den Ställen erfroren sein.

**Der Geistliche als Falschmünzer.** Die Gensdarmrie von Ugos (Ungarn) verhaftete eine Falschmünzerbande, welche falsche Zwanzig-Kronenstücke in Verkehr gebracht hatte. An der Spitze dieser Bande steht angeblich ein griechisch-orthodoxer Pfarrer.

**Küttich.** Ein Brand foherte die hiesige sozialistische Genossenschaftsbäckerei ein. Der Schaden beträgt 150 000 Francs.

**Genua.** Ueber 1000 Baumwollenballen wurden im hiesigen Hafen das Opfer eines Feuers. Der Schaden wird auf über eine halbe Million Lire geschätzt.

**Rom.** Infolge von Ueberführungen ist die Bahnverbindung von Messina mit Syracus unterbrochen. In verschiedenen Orten ist schwerer Schaden angerichtet. Ein Segler ist gescheitert; zwei Mann ertranken, vier wurden gerettet.

**Ein Gewölbe mit vielen mumifizirten Leichen** wurde, wie das „B. Tagebl.“ meldet, anlässlich einer militärischen Einquartierung im Kastell von Aquila (Italien) entdeckt. Sämmtliche Leichen sind wohlbehalten, sie zeigen in furchtbarstem Realismus Spuren eines Todeskampfes. Viele liegen mit durchschnittenen Halsen da, andere scheinen noch im Tode nach dem Schwerte zu greifen. Die Zeit, welcher die Leichen angehören, ist unbestimmt; man schließt auf das sechszehnte oder siebzehnte Jahrhundert.

**Diamantfunde.** Bei Glantsfontein in der Nähe von Pretoria sind Diamanten entdeckt worden. Man hält diesen Fund für den wichtigsten seit der Entdeckung der Minen von Kimberley.

**Der Solzkönig von Amerika, Mc Kay, ist todt.** Er hinterläßt, wie aus Ottawa geme det wird, ein Vermögen von 250 Millionen Dollars. Als einfacher Arbeiter war er nach Kanada gekommen.

**Allerlei Grabchriften.** Auf einen Zentrums-Abgeordneten: „Umgefallen beim Kuhhandel und nicht wieder aufgefunden. — Betet für seine schwarze Seele!“

— Am Stadthagen-Denkmal: „Dem großen Schweiger.“ — Für einen Traktierer Hengst: „Hier stürzte und verschied beim Hürdenrennen der Halbbluthengst „Almanfor“, der beste Kenner Deutschlands, Liebling aller Stuten, mit vielen Preismedaillen gekrönt. Ehre seinem Andenken!“ — Für einen Traktierer Schullehrer: „Grab Nr. 349.“ („Bladderdatich.“)

## Säbeter Marktpreise vom 3. Dezember.

Bauern-Butter Ffd. 1.15 Mk., Meierei-Butter Ffd. 1.25 Mk., Sagen Eid. 2.80 Mk., Enten Eid. 2.70 Mk., Hühner Eid. 1.70 Mk., Küten Eid. 1.40 Mk., Lauben Eid. 0.60 Mk., Gänse Ffd. 65—70 Pf., Nistgans 3.00 Mk., Schweinskopf Ffd. 0.50 Mk., Schinken Ffd. 1.00 Mk., Wurst Ffd. 1.20 Mk., Eier 6 Eid. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karpfen Ffd. 1.— Mk., Karaschen Ffd. 80 Pf., Hechte Ffd. 60 Pf., Barsche Ffd. 60 Pf., Mal Ffd. 0.90 Mk.

Schiffal unabwehrbar geworden war, die Pein dieser Szene so wenig verlängern, als er ihr den Trümmern gönnen mochte. Ihn unter der zermalenden Macht ihrer Dffenbarungen zusammenbrechen zu sehen.

„Wohlan denn!“ rief er, sich zu seiner ganzen Größe anstreichend. „Es ist, wie sie sagt. Ja ich bin es, der Eure Schwärze verrieth — und ich bin es auch, der Campbell und Harley ihren verdrehten Schiffal zuführte — und sie nicht allein auch.“

Der Rest seiner Rede ging unter in dem tosenden Wahgeschrei der von neuem auf ihn eindringenden Männer. Ein Dutzend Revolverläufe blinkte vor seinen Augen, und er sah das Blitzen gesähter Messer in nervigen Händen. Noch immer aber war es Sander, der ihn schaute. Und mit diesen gewässen Schreien ließen die Wally-Maguires die durchgehenden Arme halten, als sie jahen, wie der angebliche Drogshery jetzt ebenfalls seinen Revolver aus der Tasche rief, nicht um sich zu verteidigen, sondern um ihn vor sich auf den Teppich zu werfen.

„Seht her!“ rief er, „ich bin waffelos, Ihr könnt mich tödten, wie und wann es Euch beliebt. Aber weil Ihr seht, daß ich Euch weder entziehen, noch mich gegen Euch zur Wehr setzen will, werdet Ihr mich wohl noch zwei Minuten lang ansehen. Nein, ich bin nicht Franz Drogshery und nicht James O'Neil. Ich bin Morgan O'Connor, der Bruder Williams O'Connor, der hier in Pottsville von Eurer Genossenschaft wackerlich erachtet wurde. Ich bin Morgan O'Connor, der Sohn jenes O'Connor aus Armagh in Irland, den Dr. Michael Lawler, heimtückisch erschossen hat, als er mit Wally nach Anders jenseits am Ufer sah! — Begreift Ihr nun, was mich bewegen hat, mich in Euren Band anzuschließen und Euch zu verdrängen? — Begreift Ihr es nun, Michael Lawler, weshalb ich Dir keinen Dank bringe für Deine Freundschaft und weshalb ich Eurer ehmächtigen Wally lebenden Wunders Hohn spreche in der Gegenwart. Euch rettungslos dem Strahl des Feuers verfallen zu sehen?“

Mit einer raschgeleitigen Handbewegung hatte er, wäh-

rend er sprach, ein winziges Metallbüchchen aus der Westentasche gezogen. Ein Fingerdruck auf die Feder des Deckels ließ denselben aufspringen, und eben führte er das kleine Geß mit den drei erbsengroßen Kugeln, die ihm nach Pinkertons Versicherung die Ursachen eines langsamen Todes emporen sollten, zum Munde, als mit einem gewaltigen Krachen die Thür des Gemaches aufstog, und Flintenkäufe und blaue Säbel im Lichte der von draußen hereinströmenden Sonne funkeltan, während Gowens drohnende Stimme rief:

„Im Namen des Gesetzes — Ihr seid verhaftet! Wer nur den Finger zum Widerstande rührt, wird ohne Gnade niedergeschossen!“

Eine schwarze Szene war es, die dieser Aufforderung und dem gleichzeitigen Eindringen der wohlbewaffneten Polizisten folgte. Die Wally-Maguires dachten nicht daran, sich guthwillig zu ergeben, und so entspann sich in dem engen Räume ein erbitterter Kampf. Schüsse knallten, dumpfe Schläge erdröhnten, und gellende Schreie der Wuth oder des Schmerzes schüllten durch die Luft. Aber wenn die Dicke des Gesetzes auch nicht in der Uebersahl waren, so hatten sie doch den Vorzug der besten Bewaffnung und überdies jenen Vortheil, der immer auf der Seite der unvernünftigen Majoritäten ist. Der grameshafte Tumult währte nicht länger als wenige Minuten. Dann befanden sich die meisten Thäter der auf so drohliche Weise gesprengten Verwahrung auf wider Flucht, nur irgend ein schühendes Versteck im Walde zu gewinnen; jedoch oder läßt, denen ihre Verleugungen nicht gestattet hatten, es den entflohenen Brüdern gleich zu thun, ließen sich zahelnschend oder auch in jückeren Schwärzen fesseln. Zwei aber lagen, von tödtlichen Augen getroffen, auf dem Boden des von Pulverdampf erfüllten Gemaches — Michael Lawler und Daisy Monaghan.

Auf dem Heimwege nach Pottsville empfing Morgan O'Connor aus dem Munde des Kapitans Gowen die Aufklärung über das Wunder, dem er seine Errettung verdankte.

Zu der Voraussetzung, daß dieser Tag noch irgend welche unvorhergesehene Ereignisse bringen könnte, die das Eingreifen einer starken bewaffneten Macht notwendig machten, hatte Gowen ein Dutzend seiner bestbewährten Leute um sich versammelt und sie außer mit Revolvern und Säbeln auch mit doppelläufigen Flinten ausgerüstet. Und er hatte sich sehr lebhaft zu dieser weisen Maßregel beklüdwünscht, als er, aus seinem Dienstzimmer gerufen, plötzlich Wally Ferguson todtenbleich und einer Ohnmacht nahe vor sich erblickte und nun von ihr erfuhr, in wie furchtbarer Gefahr sich eben jetzt Morgan O'Connor befände. Wally war durch John, an den Daisy nicht gedacht oder den sie einer so verwegenen That nicht fähig geglaubt hatte, aus ihrer furchtbaren Lage befreit worden, unmittelbar nachdem ihre Peiniger das Haus verlassen hatten. Als sie ihm dann erklärt hatte, daß sie sofort fort müsse, ihres kranken Fußes und ihrer Schwäche ungeachtet, da hatte er sie die Treppe hinuntergeführt, um sie in einen alten Krankenfahrstuhl zu setzen, den er ohne viele überflüssige Fragen aus dem Schuppen auf einem Nachbarhofe geholt hatte, und um sie dann im Trabe bis zu dem Dienstlokal des Polizeikapitans zu fahren, das sie ihm als das Ziel des Weges bezeichnet hatte.

Gowen hatte Befehl gegeben, die junge Dame in das Krankenhaus von Pottsville zu bringen, wo man ihr das beste Zimmer anweisen sollte; er selbst war mit seiner schnell nach vergrößerten Mannschaft im Aufschritt nach David Kehoes Taverne aufgebrochen. Aber er wäre ohne Zweifel zu spät gekommen, um Morgan zu retten, wenn nicht John abermals unschätzbare Dienste geleistet hätte, indem er die Polizisten über denselben versteckten Bergpfad führte, welcher nur Wenigen bekannt war, und auf welchem Monaghan vor Monaten William O'Connors Körper in Sicherheit gebracht hatte. Dadurch kürzten sie ihren Weg um ein so beträchtliches Stück ab, daß sie eben noch zu rechter Zeit die Thüre des Sitzungszimmers einstoßen und Morgan retten konnten.

(Schluß folgt.)